

~~scribbled out text~~

Da X 58



J. M.

022^a/₁

Ueber
die Rücksichten,
die
der Gesetzgeber
bei
Verfassung eines neuen Strafkodex
zu nehmen hat.

Ein
politisch-juridischer Versuch
von
Joseph Stürzer,
der Weltweisheit und der Rechte Doktor, und Lehrer
der Rechte auf der Universität Landshut.

Mit Censurfreiheit der Universität.

Landshut,
bei Philipp Krüll,
Universitäts-Buchhändler.

1801.

C'est le triomphe de la liberté . . . tout arbitraire cesse ; la peine ne descend pas du caprice du législateur , mais de la nature de la chose ; et ce n'est point l'homme , qui fait violence à l'homme.

Montesquieu Esprit des loix. l. XII. chap. 4.



Zu einem Zeitpunkte, da durch die fruchtbare Bemühungen des grossen Königsberger Philosophen unser teutsches Vaterland, in litterarischer Hinsicht, unter seinen Schwestern unstreitig auf den ersten Platz sich emporgeschwungen hat; zu

IV

einem Zeitpunkte, in dem vorzüglich die Philosophie der Criminalgesetzgebung und des Criminalrechts immer mehr und mehr zum Lieblingsstudium der grösten Selbstdenker Teutschlands sich zu erheben scheint; zu einem Zeitpunkte, da unfre Gesetzgeber mit vvarmem Eifer an der Reform der Gesetzbücher sovohl überhaupt, als auch ganz besonders des Strafgesetzbuches arbeiten; — da verdient vwohl jeder Wink, der in Bezug auf die Schaffung dieses vvichtigen Werkes gegeben vvird, Aufmerksamkeit und Ervvägung, — da vvird und muß es vwohl Jedem gegönnt seyn, die Resultate seines

Nachdenkens über diese gemeininteressante
Angelegenheit des Menschen hin zu setzen,
Vorschläge zu thun, die nach seiner
Ueberzeugung am besten und leichtesten
sich realisiren lassen, und so sein Recht
auszuüben, welches das unmittelbare In-
teresse an der Gesetzgebung dem Staatsbür-
ger, ja vwohl jedem Menschen zur Prü-
fung derselben giebt.

Ohnehin häuften sich in den letzten
Jahrzehnden des hingeschvundnen Jahr-
hunderts in politischer und scientificher
Hinsicht Ereignisse, über die jeder un-
befangene Beobachter staunen muß, und

die auf die Kultur der Wissenschaften sowohl überhaupt, als auch vorzüglich des Criminalrechts — unstreitig des wichtigsten Zweiges der Jurisprudenz — den mächtigsten Einfluss hatten.

Eine große Nation, von deren Großthaten an sich eine der größten, vielleicht die größte unter allen bisherigen Epochen in der Weltgeschichte datirt, — müde endlich des drückendsten Despotism, der Jahrhunderte lang über ihren Nacken schwer sich hingelagert hatte, — untergräbt mit einer an Wuth gränzenden Energie den verjährten, für unerschütter-

lich gehaltenen Bau der ältesten Monarchie Europas, wirft dem Republikanism sich in die Arme, gründet ihren Staat auf das Repräsentativ-System, und löst durch ihr wirkliches Handeln — befeelt vom enthusiastischen Eifer für Vertheidigung der Rechte der Menschheit — jene grossen Probleme, an deren Wirklichverdung selbst eine rege Phantasie ehedin zu verzweifeln Ursache hatte.

Mitten unter den Stürmen einer grauen Revolution sieht man eine Constitution vollenden, die — ganz auf die natürlichen Rechte der Menschheit gegrün-

VIII

det — so edle, vortrefliche, und philosophisch durchgedachte einzelne Grundsätze aufstellt, als wäre sie, wie Eichhorn sagt, in der Stille einer philosophischen Einsamkeit ausgearbeitet, und das Werk einer langwierigen prüfenden Untersuchung gewesen.

Andrerseits hat bei uns in Teutshland die kritische Philosophie ihren wohlthätigen Einfluss so wie auf alle Theile des menschlichen Wissens, so ganz vorzüglich auf das peinliche Recht in einem hohen Grade geäußert. Man fängt an, diese Wissenschaft mit philosophischem

Geiste zu behandeln, die einzelnen Theile derselben mit der Fackel der Philosophie zu beleuchten, und alles, vvas die Probe nicht besteht, unnachlässig zu verschuchen. Die Auktoritätensklaverei ist ihrem Ende nahe, Grundsätze treten allmählig an ihre Stelle; das Positive vviird auf allgemeine Prinzipien zurückgeführt; und vvir haben Ursache zu hoffen, das schönste Gebäude der Rechte des Menschen vverde recht bald fest und unerschütterlich dastehen, haltbar an sich, und vvohlthätig für die ganze Menschheit!

Welch frohe Ausichten für den peinlichen Gesetzgeber, den der schöne Ent-

schluss befehlet, seinem Staate durch eigene, nicht blos den libris terribilibus des römischen Rechts, und der — für den Geist unsers Zeitalters in jeder Hinsicht nicht mehr passenden — peinlichen Gerichtsordnung K. Karl des V. abgeborgte und nachgeschriebne, Gesetze feste innre und äussre Consistenz zu geben!

Heil und Segen unserm gnädigsten Landesfürsten, der durch die vveisesten Gesetze das Wohl seiner Unterthanen zu begründen sucht, und durch die neuen Ge-

fezbücher vollends seinen Namen
unsterblich machen wird!

Ich vvage es, eine kurze Skizze —

über die Rückfichten, die der

Gesezgeber bei Verfassung ei-

nes neuen Strafkodex zu neh-

men hat —

in gegenvvärtiger Abhandlung darzulegen.

Die Arbeit eines langvvierigern, rei-

fern, nicht durch so einen ungeheuern

Schvvall von Berufsarbeiten gestörten Nach-

denkens, und einer längern Musse vvird es

seyn, das in einem vollständigen beseelten

XII

Gemälde auszuführen, vvas jezt nur flüchtiger Schattenriss ist. Größtentheils ist hier, vwie man vvohl von selbst sehen vvird, nur gesammelt, vvas in den neuesten Schriften unsrer ersten Criminalrechtsgelahrten, eines Feuerbach, Grolman, Klein, Kleinschrod, Tittmann etc. zerstreut enthalten ist, manchmal in einem andern Gesichtspunkte dargestellt, durchaus aber auf Baiern anvvendbar vorgetragen.

Selbst innig überzeugt von der Unvollkommenheit dieser Erstlinge meiner Arbeit fürs Publikum — kann ich nur

versprechen, dafs all mein Streben immer
darin sich concentriren vvird, um meine
Kenntnisse in diesem meinem Lieblingsfa-
che immer mehr und mehr zu ervveitern,
und meinem theuern Vaterlande nach Kräf-
ten nützlich zu vvwerden.

111

and in the year 1800

the first of the year

the first of the year

the first of the year

the first of the year

the first of the year

§. 1.

Geseze sind die festeste, die einzige Stütze der bürgerlichen Freiheit.

Derjenige, der die ihm durch den übereinstimmenden vereinigten Willen des Volkes übergebene oberste Gewalt übernimmt, in dem der Wille aller, der Gesamtvvillle concentrirt ist, macht sich auf die verbindlichste, heiligste Art anheischig, die Kräfte des Ganzen so zu leiten, daß der Zwvek der gesellschaftlichen Vereinigung, die gegenseitige Sicherheit der Rechte Aller vor Allen, bestmöglich erreicht, daß Jedem, dem Allergeringsten eben so, vwie dem, der sich für größer dünkt, (an und für sich ist ein Staatsbürger dem andern durchaus rechtlich gleich) seine Rechtsphäre, und alles, vvas in selbe gehört, sein Leben, seine Ehre, sein Haab und Gut

gesichert vverde, dafs überhaupt solche Mittel angewendet, solche Geseze gegeben, dem Uebertreter des ihm angewiesnen Rechtsgebietes solche Uebel angedroht, und zugefügt vwerden, dafs das Beisammenstehen der Freiheit Aller mit der Freiheit Aller am zweckmäfsigsten erreicht vwerden könne.

Das vvar der Zweck und die Bedingung der Menschen, als sie zusammentratten und zu einem — dem Weisesten, dem Besten — sagten: gebrauche die Macht unfer aller, um die Macht jedes Einzelnen in Schranken zu halten, sey unfer Herrscher! a)

Die Sache aus diesem Gesichtspunkte betrachtet, so v wird das Augenmerk des Gesetzgebers auf folgende Bestimmungen vorzüglich gerichtet seyn müssen.

- a) J. G. Fichte Grundlage des Naturrechts. Jena und Leipzig 1796. Th. I. p. 184. — I. Kant metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre. Königsberg 1797. Th. II. §. 46. p. 165. 166. und B a b o Gemälde aus dem Leben des Menschen. München 1784. B. I. p. 41.

I. Abschnitt.

Allgemeine Grundsätze.

§. 2.

I. Allererst ist das oberste Prinzip für die Strafbarkeit, und für die Grösse der Strafbarkeit der Handlungen festzusetzen. Es ist dies der Grund des ganzen Strafkodex, der um so zweckmäßiger ist, je einfacher er ist.

Der Zweck des Strafrechtes, so wie überhaupt der Staatsgewalt, der rechtliche Grund des Daseyns aller bürgerlichen Strafen, ist Sicherung der Rechtsphäre Aller, Schüzung der durch den Civilvertrag bestimmten Grenzen der ausschliessenden Freiheit eines Jeden, Abwendung aller Gefahr für den rechtlichen Zustand der Staatsbürger, Erhaltung und Garantirung des Friedenszustandes, durch welchen Allen gleiche Grenzbestimmungen ihrer physischen Macht dik-

tirt sind. b) Dadurch und blos dadurch v wird die Idee eines Staates realisirt, und das Beisammenstehen der Freiheit der Bürger erreicht, dass jedes Glied es sich zum Geseze mache, seine Freiheit durch den Begriff der Freiheit aller übrigen einzuschränken, und dass dem, der diesem Geseze entgegenhandelt, als Störer des gemachten Friedenschlusses, Zwang mit physischer Gewalt entgegengesetzt v werde.

Daraus folgt, dass die Rechtmässigkeit der Strafe durch die Möglichkeit, und durch die Nothwendigkeit der Abwendung der Gefahr für den rechtlichen Zustand bedingt seyn muss, das ist, die Strafe ist nur dann rechtmässig, wenn ohne ihre Festsetzung die Gefahr nicht abgewendet, die gemeine Rechtsphäre nicht geschützt v werden kann; die Strafe in diesem Grade durch dieses Uebel ist rechtmässig, wenn sie mit der Grösse der Gefahr in einem richtigen Verhältnisse

b) H. Stephani Grundlinien der Rechtswissenschaft etc. Erlangen 1797. Th. I. Abschn. V. Tit. I. p. 130.

steht, d. i. vvenn dieses Uebel, und gerade dieses Uebel hinreichend ist, um alle möglichen Verbrecher von diesem Verbrechen abzuhalten. c)

Nur dann und nur in so ferne hat der Staat ein Recht zu strafen, vwann und in vvie ferne er berechtigt ist, den rechtlichen Zustand aufrecht zu erhalten. Der Gebrauch der strafenden Gevvalt muß und kann nur die Bedingung zur Erhaltung der vvechselfeitigen Freiheit der Bürger seyn.

Der oberste Grundsaz aller Strafbarkeit ist sonach für den Gesetzgeber:

Auf jede Handlung muß eine Strafe gesetzt, jede Handlung muß als Verbrechen gestempelt vwerden, die den rechtlichen Zustand fährdet; je größer die Gefahr für den rechtlichen Zustand ist, vvelche durch die Hand-

c) A. Feuerbach Revision der Grundsätze und Grundbegriffe des peinlichen Rechts, 2r Theil. Chemnitz 1800, p. 204.

lung begründet vviird, desto größer ist die Strafbarkeit.

§. 3.

Die Data zur Bestimmung der Gefährlichkeit für den rechtlichen Zustand finden sich in der gesezvvidrigen Handlung. Man kann nun aber diese theils an sich, theils in Bezug auf das handelnde Subjekt betrachten; und es sind daher die Gründe der Strafbarkeit theils objektiv, theils subjektiv.

Jene liegen in der Grösse und Unerseflichkeit des durch die Rechtsverletzung zu befürchtenden Schadens, und der oberste Grundsaz der objektiven Strafbarkeit vväre:

Je vvichtiger und größer das durch die gesezvvidrige Handlung verletzte Recht ist, desto größer ist die Strafbarkeit derselben.

Die subjektiven Gründe liegen in der Stärke der sinnlichen Triebfedern, die den Bürger zum Verbrechen reizen können; und das Prinzip der

subjektiven Strafbarkeit kann kein anders seyn als :

Je stärker, je fester, je permanenter die sinnlichen zu Verbrechen bestimmenden Triebfedern sind, desto gröffer ist die Strafbarkeit. d)

* Die Criminalrechtslehrer, die als Prinzip und Maasstab der subjektiven Strafbarkeit die Freiheit des Willens annehmen, machen einen sehr gefährlichen Sprung von dem Rechtsgebiete in das Gebiet der Ethik. Ihre Behauptung, daß jede Handlung um so strafbarer ist, je freier sie begangen vvard, hat den blendenden Schein einer Fabel, die vor der Sonne der Kritik verschvindet. Der Gevvohnheitsverbrecher, der abgehärtete Bösevvicht ist gevvis ungleich strafbarer, als jeder anderer, und doch, vvie geringe

d) Feuerbach a. a. O. p. 334 sq. und Bibliothek für die peinliche Rechtswissenschaft und Gesezkunde. Herborn und Hadamar 1799. Th. I. St. III. p. 312 sq.

ist der Grad seiner Freiheit! Der rohe, ungebildete, durch keine Grundsätze einer guten Erziehung geleitete Mensch, der ohne Ueberlegung Strafgesetze nach einem gewissen Mechanism bloß darum bricht, weil er sich nun einmal zur sinnbefriedigenden Handlungsweise gewöhnt hat, ist gewiß dem Staate weit gefährlicher, als derjenige, dem eine gute Erziehung zu Theil wurde, und auf den eben desswegen durch Belehrung, durch Güte etc. gewirkt werden kann. Unstreitig handelt aber dieser mit größser Freiheit der Willkühr, als jener. e)

Es wird übrigens dadurch nicht geläugnet, daß Freiheit der Willkühr bei einer strafbaren Handlung zum Grunde liegen müsse. Unstreitig kann eine durch mechanischen Zwang hervorbrachte Handlung nie der Gegenstand einer Strafe werden. Aber der Grad der Freiheit ist nicht

e) Fichte Grundlage des Naturrechts etc. Th. II.
 p. 107. — Feuerbach a. a. O. Th. II.
 p. 346.

der Maasstab für den Grad der subjektiven Strafbarkeit der Handlung.

Ich behalte mir's vor, diese vrichtige Materie über das Prinzip der subjektiven Strafbarkeit der Verbrechen in einer eignen Abhandlung zu beleuchten, und auszuführen.

§. 4.

II. Demnach soll und darf der Gesetzgeber nur dann eine Strafe drohen, wenn durchaus kein anders Mittel übrig ist, um die Gefahr, die der gemeinen Rechtsphäre droht, abzuwenden, um die Auktorität des Gesetzes zu sichern. f)

Immer ist die Strafe ein Uebel. Die heiligste Pflicht des Herrschers ist's, alle Uebel, so viel es möglich ist, von seinen Unterthanen entfernt zu halten. Nur um grössere Uebel abzu-

f) Grundsätze der Criminalrechtswissenschaft von D. Karl Grolman. Gießen 1798, S. 124 sq.

venden, können kleinere statt finden; nur wenn die Auktorität des Staats schlechterdings durch kein anders Mittel gesichert, wenn die durch das Organ des Gesamtvvillens garantirte Sicherheit der Rechte auf keine andere Art erhalten werden kann, dürfen Einzelnen Uebel zugefügt werden.

§. 5.

Ungerecht ist schon die Strafe,

1) Wenn ein gelinders Mittel hinreicht, den nämlichen Zweck zu realisiren. Ist die Rute hinreichend, ver wird das Schwert ergreifen?

2) Wenn schon die Nichtigkeit der Handlungen, als das allgemeine Adnex des gesetzlichen Verbots derselben, das Gesetz hinlänglich gegen Uebertretungen sichert. Ein weiser Herrscher vervielfältigt nie Uebel ohne Noth; —

3) Wenn das Strafgesetz schlechterdings die Wirkung nicht haben kann, von Gesetzübertretungen abzuhalten, z. B. wenn der Trieb zur Selbsterhaltung die Handlung veranlasste. Wer wird den gegenwärtigen gewissen Tod wählen,

um dem künftigen ungewissen zu entfliehen? So ein Strafgesetz, wodurch z. B. der Nothdiebstahl mit der Todesstrafe belegt würde, könnte die beabsichtigte Wirkung gar nicht haben, indem die durchs Gesetz angedrohte Strafe doch nicht größer seyn könnte, als die des Verlusts des Lebens, der, im Falle man dem Gesetz gehorchte, gewiss wäre. Es kann sohin das sogenannte Nothrecht vom Staate nicht als strafbar erklärt werden. g)

§. 6.

III. Die Strafe soll den Strafbaren blos treffen wegen dem begangnen Verbrechen.

Auf die Bestimmung des Strafgesetzes kann kein etvva aus der Strafe zu ziehender Vorthail, kein Nebenzweck, der in den Schlangenvvindungen der Glückseligkeitslehre als möglich aufgestellt wird, auch nur den geringsten Einfluss haben;

g) Grolman a. a. O. §. 125. — Kants metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre etc. Einleitung XLI.

keine Nebenabsicht, sey sie auch noch so vwohlthätig, soll den Gesetzgeber bei Festsetzung der Strafe dem Wesen und dem Grade nach leiten, um auch nur ein Haar breit vom Wege Rechtens abzuveichen.

Die Strafe v wird angedroht, um alle möglichen Verbrecher von dieser Rechtsverletzung abzuhalten, um die Willkühr zu bestimmen gegen den Antrieb zu Verbrechen durch die Vorstellung des physischen Zwangsübels, mit welchem das Gesetz die Handlung bedingt hat, um der mit Verübung des Verbrechens verknüpften sinnlichen Lust durch Vorstellung des vom Gesetze verordneten Strafübels sinnliches Leid entgegenzusetzen, um der Sinnlichkeit gegen die Momente in der Zurathungschale mächtige Gegengründe in der Abrathungschale vorzulegen, um alle Verbrechen zu verhindern, um die Strafe selbst unanwendbar, und deren Zufügung unnöthig zu machen. h)

h) Feuerbach a. a. O. Th. I. p. 56 sq. — Bibliothek für die peinliche Rechtswissenschaft etc.

Die Strafe v wird zugefügt, daß dem Gesez Genüge geschehe, daß die Drohung (vorausgesetzt, daß sie nothwendig vvar) keine Scheindrohung, kein eitels Blendvverk sey, daß das Gesez nicht mit sich selbst in Widerspruch gerathe.

Der Hauptzvvek der Strafe ist sohin einzig und allein Aufrechthaltung der Sicherheit der gemeinen Rechtsphäre, Befestigung der Auktorität der Staatsgesetze, Wiederherstellung der durch das Verbrechen verletzten Gleichheit im Systeme freier Wesen. i)

§. 7.

Um andere abzuschrecken, um den Verbrecher

B. I. St. III. No. XIII. p. 313. — C. A. Tittmann Grundlinien der Strafrechtswissenschaft etc. Leipzig 1800. §. 48.

i) Vergleiche man hierüber das, vvas Bergk so vortreflich sagt in seiner Preisschrift im Archive des Criminalrechts B. III. St. III. No. VI. p. 80 - 89. und Ueber den Urgrund des Strafrechts von Ioseph Karl Schmid, Hofrath und Professor der Rechte in Dillingen. Augsburg 1801. p. 56.

selbst zu bessern, um künftigen Rechtsverletzungen vorzubeugen, darf dem Delinquenten kein Haar gekrümmt, nicht das mindeste nicht verdiente Uebel zugefügt werden. Strafe ist in der Regel Sache der kalten, affektlosen Berechnung, um die bürgerliche Gleichheit zurückzuführen.

Nie kann der Mensch blos zum Mittel für die Zwecke anderer erniedriget, nie unter die Gegenstände des Sachenrechtes gemengt werden. k)

§. 8.

IV. Demungeachtet darf und soll der Staat immer die Strafen nach wohlthätigen Absichten in Hinsicht der Form so einrichten, daß

- 1) Die politische Besserung des Bestraften durch selbe bezweckt, und
- 2) zugleich Furcht und bleibender

k) Kant a. a. O. p. 196. und Bergk über Strafgerechtigkeit und Strafklugheit etc. im Archiv des Criminalrechts etc. B. II, St. IV, No. VII. p. 143. sq.

Eindruck in den Gemüthern anderer er-
weckt werde.

Die Wohlfarth der Unterthanen auf alle rechtlich mögliche Art zu befördern, ist der höchste, der einzige Zweck des Fürsten, als Organs des Bürgervvillens. Können durch ein Strafübel mehrere Zwecke miteinander erreicht werden, so darf und soll der Staat selbes einem andern vorziehen, das blos Sicherheit bezweckt. Nun giebt es aber zwei Personen, auf die gewirkt werden kann, den Verbrecher selbst, der vviderrechtliche Maximen geäußert hat, an deren Ausrottung dem Staate gelegen seyn muß; und das Publikum, dem ein Warnbeispiel und zugleich der Beyweis aufgestellt vvird, vvie strenge und unpartheiisch das Strafgesetz vollzogen und das Recht verwvaltet vvird. Die vvohlthätigen Nebenzwecke, auf die der Gesetzgeber bei Bestimmung der Form der Strafe immer Rücksicht zu nehmen hat, sind sohin Besserung des Verbrechers selbst, und Abschreckung andrer von ähnlichen Verbrechen, die aber auf das Wesen, und auf den

Grad der Strafe schlechterdings keinen Einfluss haben können.

Daher soll

1) In der Regel auf öffentliche Vollziehung der Strafe erkannt werden. 1)

2) Daher sollen Zuchthäuser auf die möglichst vollkommene Art eingerichtet werden, sollen nicht, wie es gewöhnlich ist, Schulen der Verbrechen seyn, die der Gestrafte als Gefallner betritt, und als heilloser Bösewicht wieder verläßt, wodurch der Saame des Lasters, anstatt im Ursprunge erstikt zu werden, nur noch mehr genährt, und das ehehin nur halb schädliche Gift nun durch Mittheilung zur vollen Wirksamkeit reif wird. m)

1) Kleinfchrod's systematische Entwicklung der Grundbegriffe und Grundwahrheiten des peinlichen Rechts. Erlangen 1799. Th. II. §. 26 sq. — Entgegen ist Fichte a. a. O. Th. II. p. 124. — Vergl. überhaupt Klein im Archiv etc. B. I. St. III. No. IV. p. 43.

m) Feuerbach a. a. O. Th. I. p. 62. — Howard's praktisches System auf die Gefängnisse in Philadelphia angewandt etc. aus dem Englischen. Leipzig 1797.

3) Daher soll überhaupt alle Sorge darauf verwendet werden, daß durch die Strafe, so viel es möglich ist, ein rechtlicher Bürger, statt des Verbrechers, dem Staate wieder gegeben werde.

§. 9.

V. Die Strafe treffe nie einen Unschuldigen. Die Strafe wird bloß zugefügt um des begangnen Verbrechens willen. Dieses ist die Bedingung von jener. Wer sich nicht durch das Verbrechen als Feind des Staats gezeigt hat, kann auch nicht als Feind des Staats behandelt, kann nicht gestraft werden.

Wer wird den Sohn strafen, weil der Vater ein Bösewicht ist?

Es ist endlich Zeit, daß aus dem Strafcodex das schädliche Vorurtheil verbannt werde, wodurch mit dem Verbrecher auch seine schuldlose Familie mit Schande überhäuft, ihres Unterhaltes beraubt, in die Strafe ihres Familienhauptes hingerissen, und dem drückenden Elende preis gegeben wird.

Wer liest nicht mit Schauder den L. 5. §. 1. Cod. ad legem Juliam majestatis, vvo die unschuldigen Söhne des Hochverräthers, denen aus allerhöchst kaiserlicher Huld und Gnade das Leben geschenkt vviird, von allem Vermögenserwerbe, von aller Succession ausgeschlossen, der Noth und Dürftigkeit preis gegeben, mit der Infamie gebrandmarkt, eines jeden Amtes im Staate unfähig erklärt, und überhaupt in so einen elenden, rechtlosen Zustand versetzt vverden, daß der Tod ihnen Trost, das Leben Marter seyn muß? —

§. 10.

VI. Auf keine Handlung vverde eine Strafe gesetzt, die blos Sünde ist, nicht die Sicherheit des Rechtsgebietes fährdet.

Moralische Imputation, sagt sehr schön von Almendingen n), in dem Munde eines

n) Versuch über das Prinzip des Strafrechts — in der Bibliothek für die peinliche Rechtswissenschaft und Gesezkunde. Th. I. St. III. No. I. p. 52.

menschlichen Richters — und wäre er selbst das
 in moralischer Gestalt personifizierte objektive
 Rechtsgeſez, Staat genannt, — iſt Eingriff in
 das Amt der Gottheit und des Gewiſſens. Sün-
 de, ſittliche Schuld, Immoralität etc. ſind für
 den Criminalgeſezgeber, ſo wie für den Crimi-
 nalrichter, ganz fremde Worte. Genau muß
 das äuffre Forum vom innern geſchieden werden.
 Immerhin mögen wir den unbarmherzigen, rau-
 hen, harten Bürger mit Traurigkeit anſehen, als
 einen Menſchen, der ſich zum Würgengel aus-
 bildet, die Menſchheit mag über ihn weinen,
 daß er das Saamkorn des Himmels in ſich er-
 ſtikt; doch wenn er eben ſo ſtrenge des äuffern
 Unrechts ſich enthält, ſo iſt er ein guter Bürger,
 und wir dürfen nicht die Hoffnung aufgeben,
 daß er noch einſt ein Wohlthäter der Menſchheit
 ſeyn werde. o) Um das, was der Bürger

B 2

o) K. L. Pörfchke Vorbereitungen zu einem
 populären Naturrechte. Königsberg 1795. P. 71.
 P. 272.

an sich ist, hat sich der Herrscher nicht zu kümmern, sondern blos darum, vvas selber als Bürger, für die Gesellschaft, von vvelcher er ein Glied ausmacht, für den Staat ist.

Dieses muß das Hauptmerkmal bei allen Staatsverordnungen seyn, daß durch ihr Nichtseyn die Behauptung der Gerechtigkeit unmöglich ist. Ueberschreitet nur einer die ihm angevviesnen Schranken seines Rechtsgebietes nicht, sey auch die Handlung noch so unmoralisch, er handelt recht; der Staat kann seine Handlungsweise nicht in Anspruch nehmen; das unfittliche derselben mag er vor Gott und seinem Gevvissen verantworten! —

§. II.

VII. Die Strafe sey dem Verbrechen genau proportionirt. Das Verbrechen ist der Grund der Strafe; diese ist durch jenes bedingt. Nie hat der Beleidigte ein Recht, seinem Beleidiger mehr Uebel zuzufügen, als durch die Beleidigung bestimmt ist. Er müßte sonst ein Recht haben, ohne rechtlichen Grund

ihm Uebel zuzufügen. Das furplus ist selbst Beleidigung. p)

Wer staunt nicht, vvenn er auf den vviderrechtlichen Eingrif in das Vermögen des andern die Todesstrafe festgesetzt findet?

§. 12.

VIII. Die Strafe sey zweckmäfsig — d. i. sie enthalte gerade solche Uebel, vvelche der Art von Sinnlichkeit am meisten entgegen sind, die zur rechtsvvidrigen Handlung reizte. Iedes Verbrechen entspringt daraus, dafs die Sinnlichkeit im Kampfe mit der Vernunft die Oberhand erhält. Werden die zum Verbrechen determinirenden Triebfedern der Sinnlichkeit durch mächtige Gegengründe getilgt und aufgehoben, durch die Vorstellung des Uebels nämlich, das als gevvisse und unvermeidliche Folge mit der Beleidigung verknüpft ist, so vviird das Verbrechen selbst nicht existiren.

p) Iakob's philosophische Rechtslehre oder Naturrecht. Halle 1795. §. 420. p. 248.

Dieses Uebel muß nun aber so beschaffen seyn, daß dadurch dem rechtsvvidrigen Begehren eines jeden nur möglichen Uebertretters des Strafgesetzes eine entgegengesetzte Richtung gegeben, daß in jedem die Ueberzeugung erregt werde, aus dieser Ueberschreitung des ihm angewiesnen Rechtsgebietes erfolge gerade das Gegentheil seines Zwvckes, — gerade das stehe ihm zu ervvarten, vvas er, als Gegentheil seines Wunsches beim Verbrechen, am meisten verabscheut, — der Preis, um den er das momentane Vergnügen erkaufen müßte, sey vvelt zu groß, — durch die Uebertrettung seines Freiheitsgebietes schade er nur sich selbst, und es folge daraus nothvvendig und unvermeidlich ein Uebel in der nämlichen Art, das gerade der gesuchten Lust entgegengesetzt, und größer sey, als jenes, das aus der Nichtbefriedigung des Bedürfnisses nach der Handlung entspringt. q)

Kurz — soll die Strafe ihren Endzvvek, das

q) Fichte a. a. O. Th. I. p. 169. — Feuerbach Revision etc. Th. I. p. 45.

Verbrechen zu verhüten, und sich selbst unnöthig zu machen, vollends erreichen, so muß sie im Geiste des Verbrechens liegen, d. i. es muß durch die Sinnlichkeit selbst auf die Sinnlichkeit gewirkt, es muß die Neigung durch entgegengesetzte Neigung, die sinnliche Triebfeder zur That durch eine entgegengesetzte Triebfeder aufgehoben werden.

§. 13.

Die Strafe des Wohlthätlings sey forthin körperlicher Schmerz;

— Des Injurianten Demüthigung;

— Des Diebes und Räubers schwere Arbeiten mit Geldstrafen und körperlicher Züchtigung; r)

— Des Faulen, des Verbrechers aus Gemächlichkeit, mühselige, Arbeitsvolle Tage;

r) Staatswissenschaftliche und juristische Nachrichten. Hildburgshausen. Septemb. 1799. N. 113. Dagegen Klein im Archiv des Criminalrechts. von Klein und Kleinschrod. B. III. St. I. N. 5.

— Des Mißbräuchers des ihm anvertrauten Amts Verlust desselben;

— Des Verbrechers gegen den Staat öffentliche Arbeiten. s)

§. 14.

IX. Der Gesetzgeber wähle unter allen Uebeln, die zum nämlichen Zwecke führen, das möglichst geringste.

Die Strafe soll und darf nie grausam seyn.

In dem Zeitalter der fürchterlichsten Barbarei, vvo man den nur Held nannte, der es in der Kunst, die Schrecken des Todes vor sich her zu verbreiten, am vveitesten gebracht hatte, vvo nur die Satyre unserm teutschen Vaterlande den Namen eines Staats beilegen kann, auch noch im 15 und 16ten Jahrhunderte — da mag es denn noch angehen, dafs man es, um dem reisenden Strom des Verderbens Einhalt zu thun,

s) Kleinschrod's Entvviklung etc. Th. II. §. 23. p. 55 sq.

für nothwendig fand, alle mögliche Martern auszufinnen, um die Todesstrafen mit unmenschlichen Beisätzen zu schärfen, die Menschen zu quälen, und zu peinigen. Aber das menschliche Gefühl empört sich, wenn man noch in der Mitte des aufgeklärten 18ten Jahrhunderts ein peinliches Gesezbuch t) erscheinen sieht, an dessen Stirne die nur durch Strafe zu verfühnende Gerechtigkeit, als *Vindicta publica*, thront, welcher dann Scheiterhaufen, Rad, Galgen, Schwert, und alle nur der unmenschlichsten Rachlust ersinnliche Marterinstrumente zu Gebote stehen. Warlich, schon das Titelkupfer zeigt hinlänglich, wessen Geistes Kind das ganze Werk ist, und man glaubt sich in die Zeiten der rohesten Barbarei und des fürchterlichsten Despotismus zurückversezt, wenn man z. B.

Auf den Diebstahl von 20 fl. den Strang, oder, wenn groffe Hofnung zur Besserung anscheint, das Schwert u), so

t) Codex iuris Bavarici criminalis de anno 1751.

u) ibid. Th. I. Cap. II. §. 3.

vve auf den dreifachen Diebstahl, vvenn nur die Summe mehr als 30 kr. beträgt, den Strang festgesetzt findet; vv)

Wenn man den zvveyten Ehebruch mit der Todesstrafe belegt sieht; x)

Wenn man liest, dafs ledige Weibspersonen, vvenn sie heimlich gebähren, und ein todtes Kind zur Welt bringen, unnachlässig als Kindesmörderinnen mit dem Schwerte hingerichtet, und mit der Entschuldigung nicht gehört vverden, als vväre das Kind schon bei der Geburt leblos von ihnen gegangen; y)

Wenn man Gotteslästerung, Zauberei, Kezerei, Hexerei, Aberglauben, etc. unter der Zahl der Verbrechen zählt, die mit dem Feuer, Schwert, Staupbisen, etc. bestraft vverden; z)

Wenn man untüchtige Zeugen torquieren lassen sieht, um sie zu tüchtigen Zeugen tüchtig zu

vv) a. a. O. §. 6.

x) Cap. IV. §. 2. sq.

y) Cap. III. §. 21.

z) Cap. VII. §. 1 und 2. §. 5. §. 7.

peinigen und zu martern, a) damit man ja die reine Wahrheit von ihnen erhalte;

Wenn man beinahe auf allen Blättern von glühenden Zangen, vom Handabhauen, Augenausstechen, etc. liest. b)

§. 15.

X. Jedem Verbrechen, ohne Rücksicht auf die Person des Verbrechers, sey im Gesetzbuche ohne alle Ausnahme seine Strafe bestimmt.

Jeder, der gegen die allgemeine Rechtsicherheit einen Angriff vvagt, sey er, vver er vvolle, muß nothvvendig gestraft vwerden. Nie vverde die Gerechtigkeit zur Dienerinn der Feigheit, der Blödsinnigkeit, oder unächter, schiefer Nebenabsichten herabgevvürdiget! Wenn der grössre

a) Ebendas. Th. II. Cap. VIII. §. 23.

b) Vergl. Ueber die Quellen des vvachsenden Mißvergnügens in Baiern. 1799. Abschnitt II. No. VII p. 118 sq. v. Sonnenfels Grundsätze der Policei, Handlung und Finanz. Th. I. §. 361.

Theil des Volks sehen muß, sagt Klein-
schrod, c) daß gewisse Menschen ungestraft
Verbrechen begehen, oder mit einer gelinden
Strafe durchkommen; dann kann man den Gedan-
ken nicht ausschlagen, daß die Augen der Ge-
rechtigkeit nicht so fest verbunden seyen, als sie
gevvöhnlich abgemahlet vvird; dann vvird der
gemeine Mann den Verdacht der Parteilichkeit
des Richters nicht verbannen, sondern auf den
Gedanken gerathen: die Schärfe des Gesezes sey
nur gegen ihn gerichtet, und seine Mitmenschen
genöfßen unter andern Vorthelen auch den, sich
dem Arme der strafenden Gerechtigkeit ganz oder
zum Theile entziehen zu können.

Die Staatsgeseze sind für jeden Staatsbürger
gleich verbindlich, sie sind der Ausdruck des all-
gemeinen Willens der Nation für einen, vvie für
den andern. Was soll die ärgerliche Distinction
zvvischen Gemeinen und Adlichen, zvvischen

c) Systematische Entvviklung etc. Th. II. §. 42.
P. 106.

Armen und Bemittelten? d) Warlich, es ist nichts natürlicher, als daß man da auf den Gedanken verfällt, man richte bei Criminalverbrechen nur arme Sünder, vveil von den Reichen nichts im Gesezbuche steht. Ein Staat, in dem es gefährlich ist, Leute von Einfluß mit gemeinen Verbrechern auf gleichem Fusse zu behandeln, ohne sich zum Opfer der Pflicht zu machen, muß tief, tief gesunken seyn! —

§. 16.

XI. Nur gegen den vollends überwiesenen Verbrecher werde das Strafgesetz als anwendbar gegeben.

Das Verbrechen ist die nothwendige Bedingung, unter welcher das im Geseze angedrohte Strafübel in Anwendung gebracht werden kann. Ist die Bedingung, als rechtlicher Grund der

d) z. B. im baierischen Criminalcodex. Th. I. Cap. I. §. 25. Cap. IV. §. 1. u. §. 14. Cap. V. §. 1. sq. und Ueber die Quellen etc. a. a. O.

Strafe, nicht vorhanden, oder (vvas ganz und gar das nämliche ist) nicht vollends ervviesen, so kann auch die Strafe, als rechtliche Folge, nicht statt finden. e)

§. 17.

Daher 1) kann und darf bei unvollkommenem Bevveise keine außerordentliche Strafe festgesetzt vverden. f)

Bei unvollkommenem Bevveise sind nur Gründe der Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß ein Verbrechen vom Inquifiten begangen vvorden.

e) Feuerbach a. a. O. Th. I. p. 64.

f) Sigism. Holzschuher ab Harrlach Diff. de poena extraordinaria, deficiente plena criminis probatione neutiquam decernenda. Altdorfii 1799. — Besonders P. J. Haus de potestatis politiae et criminalis nexu et differentia etc Wirceburgi 1799. §. XXI. p. 35 sq. und E. L. Eifenhart's gekrönte Preisschrift etc. im Archiv des Criminalrechts. B. III. St. I. N. V. und B. III. St. II. N. I. und vorzüglich Bergk in seiner herrlichen Preisschrift etc. eben da B. III. St. III. No. VI. p. 90 sq.

Nun kann aber die Strafe schlechterdings nur dann erkannt werden, wenn für die Existenz des Verbrechens alle die Eigenschaften da sind, die das Gesetz zur vollkommenen Gewissheit erfordert. Die nothwendige Bedingung, unter welcher die Strafe statt finden kann, ist gesetzmäßiger vollkommener Beveis. Ein nur vvahrscheinlicher, nicht übervviesner Verbrecher, ist kein Verbrecher.

Wenn übrigens in diesem Falle dringende Vermuthungen gegen den Inquisiten streiten, wenn er nach allen Gründen der Wahrscheinlichkeit für den Urheber des Verbrechens angesehen werden muß, so sollen und können allerdings von der Polizeigewalt Sicherheitsmittel angewendet werden, vvodurch die Abvvendung der dem gemeinen Wesen drohenden Gefahr bewirkt werden kann. Der Staat kann sich verschanzen, kann Wälle aufvvurfen, damit der Verdächtige nicht schaden kann, kann überhaupt Anstalten treffen, vvodurch die Rechte der Bürger vor der Gefahr zu befürchtender Verbrechen sicher gestellt werden. Diese Anstalten dürfen

aber nie mit **Gewalt**, mit Verletzung der Freiheit des Verdächtigen verbunden seyn. In der That sind auch gewaltsame Sicherheitsmittel in Hinsicht der Wirkungen ganz und gar identisch mit den Strafübeln, so sehr sich beide dem Zwecke nach unterscheiden mögen. Ob der Verdächtige zur Strafe, oder zur Sicherheit auf ewig eingekerkert wird; auf jeden Fall verliert er seine Freiheit, die ihm auch bei der höchsten Wahrscheinlichkeit des begangnen Verbrechens nicht entrissen werden kann.

* Trätte der gewißs feltne Fall ein, wie ihn Vezin im Archiv des Criminalrechts B. III. St. III. No. V. p. 73. annimmt, so müßte nun freilich so ein Mensch auf ewig von der bürgerlichen Gesellschaft entfernt werden, weil er selbst durch seine Drohungen, Reden, und Handlungen sich als einen höchst strafbaren, durchaus verderbten, zu allem Bösen fähigen, und incorrigibeln Menschen darstellte, also wegen diesen Drohungen etc. dieses Uebel als Strafe verdient.

Wenn

Wenn nun aber der Beklagte ein vvirklicher Verbrecher vväre, und losgesprochen vvürde? So hat der Richter recht und gefezmäfsig gehandelt. Nie berechtigen die Nachtheile einer Nichtbestrafung zu einer Ungerechtigkeit. Es kömmt hier alles auf die Form, nichts auf die Materie an. g)

§. 18.

Daher 2) gestatte man dem Inquifiten alle Mittel, um sich zu vertheidigen, oder den auf ihn geschobnen Verdacht zu entfernen.

Wegen etlichen Gulden, oder vvegen einer eingebildeten Injurie kann man drei Instanzen durchlaufen, zuletzt vvohl gar noch zur höchsten Stelle den Rekurs nehmen; und in der vvichtigsten Angelegenheit des Menschen hienieden, vvo es um Leib und Leben zu thun ist, da soll keine Appellation statt finden? Sollte nicht viel-

g) Pörfchke Vorbereitungen etc. p. 328. —
Vergl. Bergk im Archiv etc. a, a, O. p. 134.
und 135.

mehr von Amtswegen ein Vertheidiger aufgestellt werden? h)

§. 19.

XII. Ueberhaupt müssen die Gesetze bestimmt gegeben, der richterlichen Willkühr muß schlechterdings nichts überlassen werden.

Der Richter ist bloß Diener des Gesetzes, steht unter dem Gesetze, hat es bloß auf den konkreten Fall anzuwenden. Er muß nothwendig durch das Gesetz so eingeengt werden, daß er über die von selbstem bestimmte Schranken keinen Schritt weder vorwärts, noch rückwärts, thun kann. Die Strafe, die das Gesetz als rechtliche Folge mit einer Handlung verbunden hat, muß ohne alle Ausnahme statt finden, sobald die gesetzlichen Prä-

h) Archiv des Criminalrechts etc. B. I. St. III. No. II. p. 27. — In Baiern wird in Criminalsachen keine Appellation gestattet. Cod. Crimin. Th. II. Cap. X. §. 14. — Vergl. Ueber die Quellen des wachsenden Mißvergnügens etc. No. VII. p. 122.

dikate der Handlung da sind. Der Richter hat bloß die Subsumtion zu machen. Sind die gesetzlichen Bedingungen der Strafe nicht da, so begeht der Richter die empörendste Ungerechtigkeit, wenn er straft.

Wenn man, sagt Pörfchke i) in der ihm eigenen naiven Art, wenn man Richter bei einem Scheine der Schuld so gierig mit der Strafe zufahren sieht, so wird man versucht, solche mordlustige Gerichtsdienner für Leute anzusehen, die vom Würgen leben müssen, und darauf so eifrig sind, um nicht selbst Hungers zu sterben.

Wahrlich unvollkommen und höchst mangelhaft sind schon die Civilgesetze, die der Auslegung und Verdrehung freien Spielraum lassen; wie verderblich ist, das heiligste, was der Mensch hienieden hat, sein Leben, seinen guten Namen, sein Vermögen der Willkühr, der Leidenschaft, der Caprice des Richters preis zu geben!

i) Vorbereitungen etc. p. 329.

Alle Willkühr muß im Staate aufhören; Mit mechanischer Nothwendigkeit muß Alles zum groffen Staatszwecke, zur gegenseitigen durch den Gesamtvillen garantirten Sicherheit der Bürger hinarbeiten. k) Wenn der Gesetzgeber ein richtiges Maas der Strafen festgesetzt, wenn der Richter strenge angehalten wird, selbes nicht zu überschreiten, wenn man den Verbrecher nicht willkührlich behandelt, wenn man ihm zeigt, dafs man nicht ihn, sondern blos sein Verbrechen hasse und verfolge, wenn man überhaupt auch im Strafen die Menschheit ehrt; dann wird jeder Unterthan, wie Kleinschrod l)

k) Montesquieu esprit des loix. Libr. XII. Chapitre 4. — Feuerbach im I. Theil der Revision etc. Kap. III. IV und V. — Heisler Diff. de justis poenam mitigandi causis. §. 12. „Judex non est supra leges, sed in earum ad facta adplicatione ejus versatur officium.“ — Reinharth Diff. de causis, ob quas judex potestatem mitigandi poenas falso sibi arrogat. §. 4. „Judex haud legum arbiter, sed minister est.“

l) Systematische Entwicklung etc. Th. II. §. 42. p. 105.

so schön, als vvahr sagt, die Strafanstalten nicht für Sache der Obrigkeit, sondern für gemeine Sache halten, er vvird aus Ueberzeugung, nicht aus Furcht allein mitvvirken, und es läßt sich die für die Menschheit so ehrenvolle Hofnung fassen, daß die Strafen immer mehr vermindert vvorden, und endlich gar unter die Sagen der Vorzeit gehören möchten; da entgegen die Strafen nie ihren Zwvek erreichen, nie den Nuzen stiften vvorden, den man von ihnen mit Recht erwartet, vvenn das größere Publikum die Strafgevvalt des Richters für bloße Willkühr hält; vvenn es im strafenden Gerichte blos die physische Macht fürchtet, nicht das Recht zu strafen anerkennt, nicht die Absicht und den Vortheil der Strafen einsieht, und eben daher jenen Verbrecher glücklich preist, der der Obrigkeit zu entvvischen Gelegenheit findet.

§. 20.

XIII. Damit der Criminalgesetzgeber seine schönen Zwveke zu verfolgen, und vollends zu realisiren im

Stande sey, muß die Polizei, und die vollziehende Gewalt vveise die Hand bieten, und dafür sorgen, jene, daß kein Verbrechen unentdeckt, diese, daß keines ungestraft bleibe, daß einer jeden rechtsvvidrigen Handlung die Strafe auf dem Fuße folge.

Darin besteht auch eigentlich die Vollkommenheit eines Staats. Je zweckmäßiger die in den Gesezen festgesetzte Strafen sind, je vveniger Gesezesübertretungen unentdeckt, je vveniger ungestraft bleiben, je gewviffer und unabänderlicher die Strafe folgt, desto näher ist der Staat seiner Vollendung.

Es kann und vvird kein Verbrechen mehr existiren, es kann und vvird keine Strafe mehr exequirt vverden, vvenn

1) Jedem Verbrecher das passende, gerade der Neigung, die die Quelle dieses oder jenes Verbrechens ist, entgegenstrebende Strafübel angedroht vvird;

2) Wenn kein Verbrechen, sey es auch noch so heimlich begangen, dem Richter verborgen bleibt;

3) Wenn auf jedes Verbrechen unnachlässig die gehörig angedrohte Strafe erfolgt.

Einer Einrichtung, die diese drei Punkte zu realisiren im Stande ist, ist das Siegel der Vollkommenheit aufgedrückt.

So lange der Verbrecher noch Hofnung hat, unentdeckt, oder, wenn er auch entdeckt ist, ungestraft zu bleiben, so lange wird auch das Strafgesetz seinen Zweck zuverlässig nie ganz erreichen. Je mehr diese Hofnung geschwächt wird, desto gewisser werden Verbrechen verhütet werden. m)

§. 21.

Gut und zur Beförderung der angegebenen Zwecke dienlich möchten wohl in jeder Hinsicht die von Kleinschrod n) vorgeschlagene Mittel seyn:

m) Grolman's Grundsätze der Criminalrechtswissenschaft etc. §. 169.

n) a. a. O. Th. II. §. 34. p. 81 sq.

1) Strenge Verbindlichkeit, die allen Unterthanen auferlegt vvürde, die ihnen bekannten Verbrechen anzuzeigen;

2) Aufhebung aller Verjährung der Verbrechen;

3) Aufhören aller Begnadigung, und ganz vorzüglich ohne Ausnahme der Abolition;

4) Tilgung der positiven Milderungsgründe z. B. vvegen dem Stande, vvegen der Würde des Delinquenten.

Die charakteristische Eigenschaft der Gerechtigkeit ist eben die, dafs sie auf keinen Rang, auf kein Ordensband, auf keinen auch noch so grossen Stern, der so oft die Leere des Herzens ausfüllen, oder vvohl gar dessen Böseitigkeit verdecken sollte, überhaupt auf keinen Unterschied der Stände Rücksicht nimmt. Ein adlicher Schurke hat vor einem gemeinen Schurken nichts bevor; jener ist vvohl dem Staate gefährlicher, als dieser. —

§. 22.

XIV. Sollen die Strafen, seyen sie noch so richtig gevählt, ihren

Zvvek, sich immer mehr und mehr entbehrllich zu machen, erreichen, so muß der Herrscher sein vorzügliches Augenmerk auf die Erziehung der Bürger richten, und überhaupt dafür sorgen, daß der Criminalarm nur der Symmetrie halben am menschlichen Staatsgebilde bleibe, daß selbem das Schwert entwunden, und das Füllhorn dafür gegeben werde. o)

Durch vveise Polizeianstalten, und ganz vorzüglich durch die Sorge für eine gute Erziehung müssen die Quellen der Verbrechen verstopft, den mancherlei Vorurtheilen, die in jeder Hinsicht noch so großen Ruin hienieden stiften, entgegengearbeitet, und durch nähere Unterrichtung in der Verfassung des Staats in dem Bürger die Ueberzeugung von der nothwendigen Heilhaltung der Geseze bevvirkt vverden.

Die erste Maxime des Gesetzgebers ist's, die

o) v. Hippel's Beitrag über Verbrechen und Strafen. 2te unveränderte Auflage. Königsberg 1797. p. 5.

Meinung des Volks auf den rechten Weg, und auf die Ueberzeugung zu leiten, daß eben diese Strafen nothwendig seyn, zur Erhaltung der Sicherheit ihrer aller, daß sie nicht ein Spiel der Laune des Regenten, daß sie blos Resultat der Nothwendigkeit, und einer genau abgevvogenen Proportion zwvischen Verbrechen und Strafen seyn, daß blos ihre Freiheit, ihre Wohlfarth der Zwvek derselben sey.

Bei einem auf diese Art gebildeten Volke vverden zuverlässig gütliche Mittel, oder gelinde Strafen vveit mehr nützen, als bei einem rohen Volke die strengsten Strafübel. Ueberhaupt ist Harmonie der Volksmeinung mit dem auf die Grundsätze des gemeinen Wohls gebauten Willen des Herrschers die reichhaltigste Quelle, aus vvelcher Segen und Heil für den Staat strömt. Eine Regierung, die Achtung und Vertrauen einflößt, ist immer stark; vvo Weisheit die Verwaltung führt, vvo durch die edeln Bemühungen des Herrschers in den Familien Zucht und häuslicher Friede, vereint mit der festen Ueberzeugung, daß der Bürger nur durch genaue

Beobachtung der Staatsgesetze groß seyn könne, auf dem Forum aber Gerechtigkeit und Freiheit sich gegenseitig umarmen; da wird es wohl um Verbrechen und Strafen etwas sehr feltnes seyn, da ist es vollendet, das Werk der Vollkommenheit!

Die Erziehung des künftigen Bürgers, sagt Wieland, p) gehört zu den wichtigsten Gegenständen des Gesetzgebers. Umsonst wird er sich mühen, herrschende Mißbräuche zu vertilgen, und gefährliche Mängel an der Staatsverfassung zu verbessern, wenn er sich nicht den Weg zu diesen gemeinnützigen Veränderungen durch die genaueste Sorgfalt für die Bildung der Zöglinge gebahnt hat.

Möchte auch in Baiern die Kultur so vveit gedeihen, möchten wir endlich in politischer

p) Geist der peinlichen Gesetze. Leipzig 1783. Th. I. §. 35. — Vergl. Bergk's Preisschrift etc. a. a. O. p. 123 sq. in welcher überhaupt die von Klein und Kleinschrod aufgebene Preisfrage nach meiner Ueberzeugung trefflich beantwortet ist.

und moralischer Hinsicht so vweit vorschreiten, daß statt des grausen Bildes der vvilden Rache und der unmenschlichsten Martervverkzeuge das schöne Bild der Göttinn des reichsten Segens, des blühendsten Glückes, und der ungestörtesten Wohlfarth an der Stirne des neu zu verfassenden Gesetzbuches prangte, zugleich aber der ganze Inhalt desselben dem Titelkupfer entspräche, so daß alle Verordnungen sichtbar die Erreichung und Beförderung jener vvohlthätigen Zvveke zum Gegenstande und zur nothvvendigen Folge hätten.

Bei der regen Thätigkeit, mit vvelcher unser gnädigster Landesfürst vom Anfange seiner Regierung her für das Wohl der Nation, deren Stellvertreter er ist, zu vvirken, und herrschende Begriffe und Gevvohnheiten zu verbessern oder zu vertilgen sich mühte, ist vvohl die süße Hoffnung nicht ungegründet, daß die Realisirung jener Zvveke so ferne nicht mehr seyn dürfte! —

Der Maasstab der Vollkommenheit eines Staats ist der Grad der Stärke, in dem er zu seinem Endzvveke hinarbeitet, die ihm aufstossenden Hindernisse aus dem Wege räumt, und den

Eindruck der Uebel, die ihn bestürmen, schwächt, oder vollends entfernt. q)

II. Abschnitt.

Specieller Inhalt des Strafcodex:

§. 23.

Was den speciellen Inhalt des Strafcodex betrifft, so hat der Gesetzgeber vorzüglich auf folgende Punkte Rücksicht zu nehmen:

I. Welche Handlungen sind strafwürdig?
welche Handlungen sind als Verbrechen zu bezeichnen?

II. Was für Strafen können und sollen überhaupt angewendet werden?

III. Mit welchen Strafen sollen die einzelnen Verbrechen belegt werden? Welche Strafe paßt auf diese oder jene Klasse von Verbrechen?

q) Marc - Aurel von Fessler, Breslau Th. III.
P. 253.

IV. Welche Verfahrungsart soll bei Behandlung, bei Untersuchung und Bestrafung der Verbrechen beobachtet werden? Welches sind die wesentlichen Punkte einer guten Criminalprozessordnung?

Pflicht des Gesetzgebers ist's, über alle diese Punkte genaue Vorschriften zu ertheilen.

§. 24.

I. Welche Handlungen sind als strafwürdig, als Verbrechen zu bezeichnen?

Da Verbrechen nur solche Handlungen sind, welche die Rechtsphäre, die Sicherheit der Staatsbürger stören (§. 1. und 2.), Handlungen, wodurch der Mensch den Friedensschluss in der bürgerlichen Gesellschaft stört, sich als Feind der gesetzlichen Freiheit ankündet, Handlungen, welche Entziehung anderer aus dem ihnen angewiesenen Freiheitsgebiete, oder Störung in selbem bezwecken^{r)}, so müssen bei genauer Revi-

r) Heinrich Stephani Grundlinien der Rechtswissenschaft etc. Th. I. Abschn. V. Tit. I. §. 343 sq. — Das Französische Gesetz-

sion der in unsern Gesetzbüchern als Verbrechen gebrandmarkten Handlungen aus der Klasse derselben nothwendig folgende getilgt werden:

§. 25.

I. Magie und Hexerei.

Welch schrecklichen Ruin unter dem Menschengeschlechte der traurige Wahn von dem Umgange der Menschen mit bösen Geistern gestiftet hat, läßt sich nicht beschreiben.

Eben die Klasse von Menschen, die zur Bildung, zur Aufklärung, und Veredlung ihrer Mitmenschen am vorzüglichsten wirken sollten und könnten, Priester, und selbst Fürsten und Obrigkeiten, mühten sich nach Kräften, — als

buch von Verbrechen und Strafen setzt im Iten Artikel fest: Ein Verbrechen begehen heißt die Gesetze verletzen, welche die Erhaltung der geselligen Ordnung und der öffentlichen Ruhe zum Zwecke haben, indem man entweder das thut, was diese Gesetze verbieten, oder das nicht thut, was sie verordnen. Archiv des Criminalrechts ect. B. I. St. III. No. XI. p. 80.

Werkzeuge der krassensten Unwissenheit und des schändlichsten Aberglaubens — die Meinung von dem mächtigen Einflusse des Teufels auf die Handlungen der Menschen, und von dem Bündnisse dieser mit jenen zu erhalten, zu befördern, und zu erhöhen; und man mißbrauchte Stellen der Bibel, um betrogene, oder im Taumel ihrer erhizten Einbildungskraft sich selbst betrügende Menschen zu peinigen und dem Feuertode zu überliefern.

Christian Thomafius s) vvar endlich der erste, der, auf die Vorbereitungen des Jesuiten Spé, t) diesen Erfindungen der Dummheit und der Bosheit, so vvie überhaupt der so verderblichen Kunst gevvisser Leute, Menschen vvie Maschinen zu lenken, und unter der Maske der Andacht und der Frömmigkeit die

gevval-

s) De crimine Magiae. Halae. 1701. — et Diff. de origine et progressu processus inquisitoris contra sagas. ibid. 1712.

t) Frid. Spé Cautio criminalis de processibus contra sagas. Rintl. 1631.

gevvaltigsten Betrügereien und Ungerechtigkeiten zu verüben, und den Naken der Mitbürger unter das Joch der drükendsten Pflichten zu beugen, sich selbst aber unter dem Vorwande des Gottesdienstes allen gesellschaftlichen Verbindlichkeiten zu entziehen, den ofnen Krieg ankündete.

Seitdem hat man nun so ziemlich angefangen, die ächte Verfahrungsart gegen Zauberer, Hexenmeister etc. zu lernen. Die Dummen unterrichtet man, die Kranken heilt man, die Betrüger straft man als Betrüger. u)

Demungeachtet konnte dieß zum Heil der Menschheit aufgehende Licht fogar bis in die Mitte des 18ten Jahrhunderts die Finsternisse Baierns noch nicht durchdringen. Man glaubte da

- u) Grolman Grundsätze etc. §. 530. — Klein im Archiv etc. B. II. St. III. No. XI p. 140.
 — Schlözers Staatsanzeigen etc. Heft VIII.
 — Berliner Monatschrift von 1784. No. 3. p. 308.

noch fest an Bündnisse mit dem Teufel, ja vwohl gar an fleischliche Vermischung der Menschen mit selbem, und strafte diese (nur in der Phantasie existirende) Verbrechen — von Rechtsvvegen, vv) und zur größern Ehre Gottes — mit Feuer und lebendiger Verbrennung.

Alle Verordnungen vvider Zauberei und Hexerei, Dinge, denen die geläuterte Vernunft ihren Plaz unter den Unmöglichkeiten und Träumereien anvveist, müssen aus dem Strafcodex vvegbleiben.

§. 26.

Unter die aus dem Gesezbuche zu tilgende Verbrechen gehört

2. K e z e r e i,

in so ferne man sie für das blos individuelle Dafürhalten und Behaupten von falschen, oder

vv) Cod. Crim. Bav. de 1751. Th. I. Cap. VII. §. 7. Wie oft vvird doch das ungiltige, von der Vernunft vervvorfene, und daher aus der Welt zu verbannende durch die Sanktion der Staatsgeseze geltend gemacht! — Stephani a. a. O. §. 8, et 10. Anm.

der herrschenden Religion vviderstreitenden Religionsbegrifen nimmt.

Religion ist Sache der Ueberzeugung; eine erzvvungne Religion vviderspricht sich in den Begrifen, und es ist unverzeihliche Verletzung der heiligsten Rechte des Menschen, ihm Religionsbegrife als die allein vvahren aufdringen zu vvollen, von deren Aechtheit er sich nicht überzeugen kann.

In einem vvohlgeordneten Staate muss die Gewissens- und Religionsfreiheit uneingeschränkt, und jede Religionsmeinung erlaubt seyn, vvenn nur nicht durch die öffentliche Aeufserung derselben die Eintracht, Ruhe und öffentliche Ordnung gestört vvird.

Nur in dem Staate, in dem Denk- und Religionsfreiheit herrscht, vvird Leben und Schwungkraft die Bürger zum vernünftigen und vvilligen Gehorsam gegen die Geseze führen, da entgegen die Einschränkung dieser Freiheit und das darauf gebaute System des Despotism den Geist verstümmelt, die Fakel des Genies aus-

löscht, die Seele der Tugend entführt, und den Menschen auf dem einmal schon betretenen Wege langsam und unthätig fortschleichen läßt.

Ueberhaupt ist es schon physisch unmöglich, den Vorstellungen eines andern zu gebieten; nur Gründe und Belehrung können hier von Wirkung seyn; und es ist die frechste Verhöhnung aller Regeln der Vernunft, einen zu strafen, vveil er nicht glaubt, vvas ich ihm glauben machen vvill, und vveil er andere Begriffe von dem Verhältnisse des Menschen zur Gottheit hat, als ich. x)

Wer staunt nicht, liest er, daß jene auf ewvig des Landes verwviesen, eingesperrt, gebrandmarkt vverden, vvvelche denen christkatholischen Glaubensartikeln vvi-

x) vergl. Stephani a. a. O. Th. II. §. 619. p. 67. Wiese's Handbuch des gemeinen in Teutschland üblichen Kirchenrechts etc. Leipzig 1799. Th. I. §. 15. p. 72. Marc-Aurel von Fessler etc. Th. II. p. 167 sq. Helvetische Staatsverfassung von 1798. Tit. I. §. 6. in Poffelts Europäischen Annalen. Jahrg. 1798. B. II. St. II. No. V. p. 185 sq.

drige Meinungen hegen, verfechten, etc. y)

Strafbar ist und bleibt entgegen in jeder Hinsicht derjenige, der in der im Staate existirenden religiösen Gesellschaft Unruhen zu stiften sucht, der die Bekenner der eingeführten Religion etwa verspottet, herabwürdigt, oder andererseits wohl gar gegen die Obrigkeit aufzubringen sich müht.

Sektenstiftung und Kezermacherei sind, als Verbrechen gegen das gemeine Wesen, allerdings strafwürdig, z) obschon auch da Gründe und Belehrung gewiss mehr nützen, als die schwersten Strafen. Durch Feuer und Schwert a) kann Religion eben so wenig vertilgt, als verbreitet werden.

y) Codex Crim. Bav. Th. I. Cap. VII. §. 5. 1q.

z) Grolman a. a. O. §. 525 und 526.

a) Nach dem baierischen Codex a. a. O. §. 5. werden diejenigen, die kezerische Lehren mit Fleiß aussprengen, mit dem Schwert hingerichtet, und der todte Körper auf dem Scheiterhaufen verbrannt.

§. 27.

In eben diese Rubrik zählen wir

3. Gotteslästerung,

als Beleidigung der Gottheit:

Es ist grober Antropomorphism, wenn man sich Gott als einen menschlichen Tyrannen denkt, dessen Beleidigung menschliche Rache heischt.

Ueberhaupt ist es den Grundsätzen einer ächten Philosophie schlechterdings entgegen, daß Menschen Sünden, Verletzungen der Gebote der Religion, als Verbrechen behandeln (§. 1. 2 u. 24.). Nie greife der Staat, nie der Gesetzgeber in das Amt der Gottheit ein. Nie vergesse er, daß der Grund der Strafe nicht transcendental, daß der Finalzweck der Strafe nicht moralische oder religiöse Besserung seyn kann. b)

Größtentheils sind nun denn doch die Zeiten der Kezerverfolgungen vorüber, und wir haben die schönste Hofnung, daß im 19ten Jahrhunder-

b) von Almendingen über das Prinzip des Strafrechts. in Grolman's Bibliothek etc. B. I. St. III, n. I. p. 67.

te nun die unmenschlichen Verordnungen, c) den Kezern und Gotteslästerern schon auf Erden den Vorgeschmak der Hölle zu geben, sie den Feuer-tod sterben zu lassen, vollends unter den Antiquitäten einen Platz erhalten vverden.

§. 28.

Eben so hat sich

4. Der Selbstmord

einen Platz unter den Verbrechen erschlichen, den er doch auf keine Weise in der Reihe derselben einnehmen kann. d)

Einmal paßt schon der Begriff eines Verbrechens gar nicht auf den Selbstmord. Die sittliche Natur ist ihren eigenen Gesezen unterworfen. Der menschliche Gesetzgeber ist nie befugt, in den Gang derselben einzugreifen.

Dann ist aber auch der Mensch hienieden zu schwach, als daß seine Macht, sey er auch der Mächtigste aller Sterblichen, über das Grab hin sich erstreckte; und es ist vvarlich ein eben so

c) z. B. im baierischen Codex. Cap. VII. §. 2. 5. etc.

d) Filangieri System der Gesetzgebung. B. IV.

K. 55. S. 680. — Cella über Selbstmord und Infamie. — Kleins Annalen der preussischen Gesetzgebung etc. Berlin und Stettin. B. VII. No. VI. p. 79 sq. — Heller über den Selbstmord. Frankfurt 1787.

großer Unfinn, die Strafe am Leichname vollziehen zu lassen, als das Meer mit Ruthen zu peitschen. Nur das demüthigende Gefühl der Ohnmacht, und der Eingeschränktheit der Kräfte auch des Größten der Erde, konnte den menschlichen Gesetzgeber veranlassen, seine Herrlichkeit und Majestät auch an empfindungslosen Wesen noch glänzen lassen zu wollen.

§. 29.

Endlich stehen auch die sogenannten

5. Einfachen Fleischesverbrechen

mit Unrecht in der Reihe der Verbrechen. Ueberhaupt ist die Rechtslehre über jene Handlungen, wodurch das Freiheitsgebiet anderer Menschen nicht verletzt wird, nicht competente Richterinn; und es ist ein gefährlicher Sprung in das Gebiet der Ethik, wenn sie einen Ausspruch über Unzucht, beiderseits freiwilligen aufserhehlichen Beischlaf etc. zu thun sich anmaßt. Nur dann, wenn der Wohllüstling seinen Begierden nicht Genüge leisten kann, ohne zugleich einer vorsätzlichen Störung der Rechte

eines andern sich schuldig zu machen, artet seine Ausschweifung in Verbrechen aus. Allerdings kann dieß nicht nur unmittelbar geschehen z. B. durch Nothzucht, Ehebruch, etc., sondern auch mittelbar, wenn der Sklave der Sinnlichkeit durch den übermäßigen Genuß der Lüste seine Kräfte vollends aufreibt oder schwächt, und sich untauglich macht, seiner Bestimmung als Gatte, Staatsbürger, etc. Genüge zu leisten. Es ist kein Uebel, wodurch der öffentlichen Erziehung größere Hindernisse in den Weg gelegt würden, als durch die Ausartung der sinnlichen Lust. Der Geist des Menschen wird dadurch verstümmelt, die Thätigkeit des Staatsbürgers geschwächt, gefesselt, unterdrückt, oder wohl gar ihr eine verkehrte, schädliche Richtung gegeben; und es ist sohin für die Polizei ausnehmend wichtig, weise Anstalten zu treffen, wodurch für Verhütung der Unzuchtsfälle gesorgt wird.

Strafen an Geld, Ehre, oder Leib werden wohl nie den Strom wohlthätiger Ausschweifungen merklich zu mindern im Stande seyn;

sondern höchstens nur so viel bevvirken können, daß selber die Grundsätze des Staats durch verborgene und im Ausbruche nur desto schädlichere Gänge untergräbt, und zu Grunde richtet. e) Gute, solide Grundsätze, die den heranvvachsenden Bürgern von der frühesten Jugend auf eingepägt vverden; vveise Belehrung über die Ordnung des Geschlechtstriebes; frühere, vorsichtige Bekanntmachung der jungen Leute mit den Gegenständen, die sie einst umgeben vverden, damit sie dann, vvenn der Trieb in seiner vollen Stärke rege vvird, nicht alles für aufserordentlich ansehen, nicht jedem Anfalle preis gegeben feyn, zu schwach, dem mächtigen Etwas, das sie ehehin gar nicht kannten, zu vviderstehen; — diese und dergleichen Mittel vverden gevvis in jedem Falle vortheilhaftere

e) Cella von Verbrechen und Strafen in Unzuchtsfällen. Zvveibrüken und Leipzig 1787. Ebendesselben Antwort auf eines Ungeannten Gedanken über seine Abhandlung über Strafen unehlicher Schwängerungen, pag. 84 sq.

Wirkungen äußern, als aller physischer Zwang. *

Vortreflich in jeder Hinsicht ist gewiss die Fürstlich Anhalt-Bernburgische Verordnung vom 9ten September 1799. f) gemäß welcher

1) Die sogenannten Hurenstrafen für das weibliche Geschlecht gänzlich aufgehoben, doch diejenigen Weibspersonen, welche ein fortgesetztes liederliches Leben führen, mit Gefängniß, oder Zuchthausstrafe belegt werden sollen;

2) Die Geschwächten, die ihre Schwangerschaft nicht verheimlichen, sollen vor allen Vorwürfen sicher gestellt, und diejenigen, welche sie mit dem Namen einer Hure beschimpfen, mit 3tägigem Gefängniß, oder mit einer Geldstrafe von 5 Thalern zur Waisenhauskasse gestraft werden;

* Vorschläge zur Verminderung der fleischlichen Vergehungen sehe man bei Gmelin Grundsätze der Gesetzgebung über Verbrechen und Strafen. Tübingen 1785. S. 5. p. 9.

f) im Archiv des Criminalrechts. B. II. St. III. No. VI.

3) Die heimlich Niederkommende aber v wird,

a) bleibt das Kind am Leben, mit 4 v vö-
chentlicher Zuchthausstrafe,

b) kömmt das Kind todt zur Welt, oder
v wird zu dessen Tode durch Nachlässigkeit bei-
getragen, mit 1, respective 2 jähriger Zucht-
hausstrafe belegt;

4) Diese nämliche Strafen sollen auch den
Schwängerer treffen, v wenn er die ihm bekannt
gevvordene Schwangerschaft der von ihm ge-
schwängerten nicht bei der Obrigkeit anzeigt;

5) Die Aeltern, oder Herrschaften so eines
Mädchens, die einen Verdacht dießfalls haben,
und keine Anzeige machen, sollen 1 bis 10, und
v wenn sie das Mädchen übel behandeln, 2 bis 20
Thaler Strafe zu zahlen haben;

6) Den Beamten, Aerzten, Chirurgen, Weh-
müttern etc. v wird Wachsamkeit empfohlen;

7) Der Schwängerer hat der Geschwächten
gleich nach der Niederkunft 5 Thaler Entbin-
dungs- und Taufkosten, dann zur Erhaltung des
Kindes bis nach Abfluß des 15ten Jahrs jährlich
12 Thaler zu entrichten; doch steht es ihm frei,

nach 3 Jahren das Kind selbst zu sich zu nehmen, und zu erziehen, vvelchenfalls jene 12 Thaler von dieser Zeit an vvegfallen etc. g)

§. 30.

II. Welche Strafen sind im Staate anwendbar?

Die Theorie von der Beschaffenheit der Straf-
übel soll und muß sich auf den eben so einfachen als vichtigen Saz gründen, daß der Zvvek aller peinlichen Strafen ist, den Staat und die Rechtsphäre der Staatsbürger vvider die gefährlichen Unternehmungen der Verbrecher sicher zu stellen, die Verbrechen selbst immer feltner, und die Strafen allmählich ganz unnöthig zu machen.

Das Strafübel ist gerecht, sobald sie zur Erreichung dieses Zvvekes gerade hinreichend ist.

g) Vergl. die Königl. Preussische dießfalls erlassene Verordnung vom 8ten Februar 1765. dann die in den Markgrathümern Anspach und Bai-reuth publicirte Preussischen Geseze vom 17ten März 1797. in der Bibliothek für die peinliche Rechtswissenschaft etc. B. I. St. I. p. 382.

Alle Strafübel, die diesen Zweck nicht haben, oder die dem Menschen mehr Rechte entziehen, als zur Sicherstellung der Rechtsphäre nothwendig ist, müssen aus einem wohlgeordneten Staate verbannt seyn.

Zugleich hat andererseits der Gesetzgeber bei Bestimmung der Form der Strafe auf die Besserung des zu Bestrafenden, so wie auf die Abschreckung anderer, so viel es möglich ist, Rücksicht zu nehmen.

Aus diesen beiden Gesichtspunkten (von denen der erste immer der vorzüglichste und nächste, der andere aber als entfernt und accidentel zu betrachten ist) müssen die Strafübel bestimmt werden, welche nach einer weisen Ausübung der Kriminalgewalt im Staate mit den verschiedenen Verbrechen verbunden werden sollen.

§. 31.

Es zerfallen aber alle Strafen, als Uebel, die dem Menschen seine Güter, seine Rechte entziehen, h)

h) Grolman a. a. O. §. 112. — Tittmanns

A) in solche, welche angeborene Rechte,

B) und in solche, die erworbenne Rechte entziehen.

In die erste Klasse gehören

Lebens- Leibs- und Freiheitsstrafen;

In die zweite

Ehren- und Vermögensstrafen, Vervveifung, und Entsezung vom Amte.

§. 32.

A) Strafen, die angeborene Rechte entziehen.

1. Lebensstrafen

1) sollen nicht ganz aufgehoben, aber in der Anwendung sehr eingeschränkt, und nur gegen jene Verbrechen festgesetzt und erkennt werden, bei denen schlechterdings kein anders Straf-
übel, selbst ewiger Kerker nicht, hinreichend

Grundlinien der Strafrechtswissenschaft etc,
S. 60 sq.

ist, um durch Furcht die Abrathungsschaale genug niederzuziehen, gegen die der Staat kein anders Vertheidigungsmittel hat, als Drohung der Vertilgung der Urheber, die ihrem Wesen nach positive Feindschaft des Urhebers gegen die bürgerliche Gesellschaft zeigen, so daß dieser durchaus für untauglich und unvvürdig angesehen vverden muß, unter rechtlichen Bürgern zu leben.

In diesem Falle ist derjenige, der so eines Verbrechens sich schuldig macht, ein schädliches Thier, das niedergeschossen, ein reißender Strom, der gedämmt, eine Naturgevvalt, die durch Naturgevvalt vom Staate abgetrieben vvird.

Unter diese Verbrechen möchte etvva Hochverrath, Mord mit kaltem, vvohlüberlegtem, feindseligem Vorsaze, und Brandstiftung zu zählen seyn.

In allen übrigen Fällen kann vvohl der gesellschaftliche Zvvek auch ohne Todesstrafen realisirt vverden. i)

§. 33.

i) Runde die Rechtmäßigkeit der Todesstrafen.
Kassel 1776. — Jakobi Versuch einer Apologie

§. 33.

2) Es soll und darf in der Regel nur die leichteste Todesart zuerkannt, und diese selbst nie durch Zusätze und grausame Martern erschwert werden. Es ist vvarlich Verbrechen der beleidigten Menschheit, die Menschen, die doch ohnehin mit dem Leben alles verlieren, vvas sie hienieden haben, bis zur Verzweiflung und zum Fluche der Tyrannen dieser Erde zu peinigen, und sie in die andere Welt hinüber zu martern.

Die Todesstrafen durch Martern schärfen, sagt Fichte k) ist Barbarei. Der Staat v wird

logie der Todesstrafen. Lemgo 1776. — Gruner Versuch über Strafen. Göttingen 1799. — von Soden Geist der deutschen Criminalgesetze. Heft I. §. 42. und andere. —

k) a. a. O. Th. II. p. 125. — vergl. Cella ob es zweckmäfsig sey, Todesstrafen durch qualvolle Arten der Hinrichtung zu schärfen? Giessen 1794. — Grolman Ueber die Begründung des Strafrechts und der Strafgesetzgebung etc. Giessen 1799. p. 159 sq.

dann ein vvilder, schadenfroher Feind, der seinen Feind vorher noch recht quält, damit er den Tod fühle; und er kündigt durch dieses vvilde, nur aus Rachlust erklärbare, Verfahren deutlich genug an, dafs er, von vvahrer Humanität vweit entfernt, sich noch nicht von dem Zustande der Barbarei losgeriffen habe.

Selbst Klugheit und Politik kann diese in der Grausamkeit der Gesezgeber sich gründende Erfindung in der Regel nicht billigen. Mitleid gegen den unglüklichen Leidenden, Zeichen der Verzweiflung und des höchsten Schmerzens von sich gebenden Mitmenschen, und nothvvendig damit verbundener Haß gegen den unmenschlichen Herrscher, der so vvas verordnen konnte, oder andererseits Bevvundrung des mit Heldenmuth und Standhaftigkeit allen Schmerzen der Grausamkeit und der Barbarei trozenden Fanatikers, Begierde des Lasterhaften, so einen Helden nachzuahmen, und auf diese Art seinem Namen Unsterblichkeit zu verschaffen, und die daraus folgende Verachtung der Strafe sind gevvöhnlich die unseligen Folgen der geschärften Todesstrafen.

Heilige Pflicht ist's für die praktische Mechanik, die schwere Passage vom Leben zum Tode nach allen Kräften zu erleichtern.

Ich würde in dieser Hinsicht zur Vollziehung der Todesstrafe die Guillotine vorschlagen. 1)

Ich läugne indess dadurch nicht, daß auf ganz außerordentliche Verbrechen auch eine außerordentliche Todesstrafe festgesetzt werden könne. Verbrechen, die das Gepräge der offenbarsten Ruchbarkeit an sich tragen, die den allerhöchsten Grad von Vervilderung und von positiver Feindschaft des Urhebers gegen die heiligsten Rechte der bürgerlichen Freiheit zeigen, können durch einfache Todesstrafen wohl nicht verhütet werden. Catilina scheut den Tod nicht, ist die Vernichtung der Römischen Republik der Preis für selben. Die Neu-Verschvornen in Paris sehen der Guillotine mit Ruhe entgegen,

1) Kleinschrod systematische Entwicklung etc. Th. III. §. 13. — Bibliothek für die peinliche Rechtswissenschaft etc. Th. I, St. I. p. 387.

sind sie im Stande, ihren ruchlosen Plan durchzusetzen, und Unheil und Elend aufs neue über die Menschheit zu verbreiten.

Ausserordentliche Fälle machen auch allerdings **ausserordentliche Mittel** nothwendig.

§. 34.

3) Vollends getilgt und abgeschafft werde jenes traurige Gepränge, welches die Hinrichtung eines Verbrechers zum unterhaltenden Schauspiel für Neugierige und Müffiggänger macht; es ist dieß ein sehr grosser Mißbrauch, dessen Beibehaltung unsern aufgeklärten Zeiten vvenig Ehre macht. m)

§. 35.

4) Demungeachtet werde die Todesstrafe öffentlich vollzogen. n)

m) Fichte a. a. O. p. 124.

n) Kleinschrod Entwicklung etc. Th. II. §. 26. §. 27. etc. — entgegen ist vorzüglich Fichte Th. II. p. 124. weil der Staat durch die Hinrichtung sich seiner Nothdurft entledige, und dieses, wie alles unehrbare, mit Schaam und in geheim geschehen müsse.

§. 36.

5) Es soll eine eigne Kommission angeordnet, und bevollmächtigt vverden, jedes Todesurtheil der genauesten und sorgfältigsten Untersuchung zu untervverfen, und über die Zulässigkeit der vom peinlichen Richter verhängten Lebensstrafe nach den Gesezen zu erkennen. o)

§. 37.

2. Leibesstrafen.

1) Jene, die den Körper des Verbrechens verstümmeln, oder seiner Gesundheit nachtheilig sind, vvidersprechen schlechterdings dem Geiste der peinlichen Geseze. Höchst trübe müssen nothvvendig für den verstümmelten Menschen die Ausichten seyn, die, bei seiner Untauglichkeit zur Verrichtung einer Handarbeit, mit jedem Blike in die Zukunft sich ihm öffnen; und je trüber diese Ausichten sind, desto mehr Triebfedern zur Fortsezung seiner Verbrechen und zur

o) Wieland Geist der peinlichen Geseze, §. 312.

Ausführung seiner gefährlichen Anschläge erhält er. Der Staat vermehrt durch dergleichen Strafen vielmehr die Verbrechen, statt daß sein ganzes Streben auf deren Minderung und gänzliche Ausrottung gerichtet seyn muß.

§. 38.

2) Man lese also im neuen Gesetzbuche nichts von Abhauung der Hand, oder der Finger, von Ausstechung der Augen, vom Ausschneiden der Zunge, vom Abschneiden der Nase, der Ohren, vom Wippen etc. p)

Dank sey es dem guten Genius unsers Zeitalters, daß man denn doch nur höchst selten mehr etwas von dergleichen unmenschlichen Strafen hört; bald werden sie, so wie alle Arten der Grausamkeiten, welche die Strafen unsrer Vorältern charakterisirten, zur gebührenden Vergessenheit verdammt seyn, und nur in der Ge-

p) wie z. B. in der peinlichen Gerichtsordnung K. Karl des V. Art. 108. 159. 198. — vergl. *Benedicti Carpzovii Practica nova rerum criminalium etc.* P. III. qu. 129. n. 39.

schichte der ehemaligen Gesetzgebungen mehr vorkommen.

§. 39.

3) Sehr harte körperliche Züchtigungen sollen ausnehmend selten angewendet werden, und sollen — werden sie angewendet — den Gesundheitsumständen des zu Bestrafenden genau angemessen seyn.

Durch den zu häufigen Gebrauch derselben wird die Nation abgehärtet, und an grausame Schauspiele gewöhnt; die Strafen verlieren aber eben dadurch ihren Werth.

Züchtigungen, die der Gesundheit nachtheilig sind, und den Menschen etvva zum unbrauchbaren Krüppel machen, können ohnehin in einem wohlgeordneten, gebildeten Staate nicht geduldet werden. In einem Staate, wo man täglich, und immerhin von Anwendung der Spießruthen, oder Steigriemen, von Prügeln, von Stokstreichen etc. hört, muß wohl die Kultur noch nicht auf das höchste gestiegen seyn. Je vveni-

ger und feltner felbe angewendet vverden, deſto gebildeter iſt die Nation. *

§. 40.

4) Ueberhaupt haben die körperlichen Leiden die Nachtheile,

a) daſs die Furcht vor ſelben, ſo vvie ſelbſt der Schmerz bei der Zufügung nicht ſo kräftig vvirkt, vveil das Uebel nicht anhaltend, nur ſchnell vorübergehend iſt;

b) daſs ſie eben deſſvvegen zur politiſchen Besserung des Verbrechers nicht gar ſehr dienen, da ſie ihm keine bleibende Motive zur Rückkehr in ſeine Rechtsſphäre, zur ſtändigen legalen Gefinnung an die Hand geben;

c) daſs ſie den Beſtraften zu ſehr ernie-

* Vergl. die Lieſſändiſche Bauern-Conſtitution von 1797. §. 25. in Poſſelts Annalen von 1798. B. I. p. 304. 308. — Der Bauer, der ſeinen Prozeß verliert, ſoll andern zur Warnung bei der Kirche, in Gegenvvart der Gemeinde, das erſtemal mit 10, das andremal mit 20 RuthenBündeln gegeißelt, das drittemal auf ein Jahr zur Feſtungsarbeit abgeliefert vverden.!!

drigen; es kann dadurch leicht das Gefühl der Schaam gänzlich getilgt werden; und der Mensch, welcher das Gefühl der Schaam nicht kennt, ist zu allem fähig. Der Herrscher muß die Rechte der Menschheit auch im Verbrecher achten, und die Ehre des Bürgers, so viel es möglich ist, zu schützen suchen.

In diesen Hinsichten haben gewvifs die Seelenleiden den Vorzug.

§. 41.

Dagegen haben die körperliche Züchtigungen die Vortheile, q)

a) dafs sie unmittelbar und allgemein vvirken, indess es bei den Seelenleiden ungemein viel auf die Denkungs- und Empfindungsart des zu strafenden Subjekts ankommt; es hängt übrigens auch die Kraft und Wirkung der Leibesstrafen groffentheils von der körperlichen Constitution jedes Verbrechers ab. Es giebt

q) Klein im Archiv etc. B. I. St. III. No. 17. P. 114 sq.

Leute, die sich um eine kleine Münze tüchtig abprügeln lassen, und denen eine gute Tracht Schläge nicht so empfindlich fällt, als andern ein einziger Streich;

b) dafs sie immer nur den Schuldigen treffen, da entgegen Geld - Gefängnis - und Schandstrafen gewöhnlich weit härter die etwa darbende Familie des Verbrechers, als den Verbrecher, kränken;

c) dafs der bürgerlichen Gesellschaft gleich nach ausgestandner Strafe das Mitglied wieder gegeben wird, indess bei der Gefängnis - und Schandstrafe der Gestrafte lange nicht wieder in die Reihe der Bürger eintritt. Es kommt übrigens andererseits nicht so fast darauf an, dafs der Bürger dem Staate wieder gegeben werde, als vielmehr, dafs er gebessert unter seine Mitbürger zurücktrete.

§. 42.

5) Ich glaube sonach, die körperlichen Züchtigungen werden am besten angewendet

1) In vveiser Verbindung mit der Gefängnis - oder Zuchthausstrafe, oder auch mit

Schandstrafen, bei Verbrechern, bei welchen diese ohne Leibesstrafen ihre Wirkung gar nicht, oder nicht ganz erreichen würden, auf welche nämlich Beraubung der Freiheit oder der Ehre geringen Eindruck macht, denen man sohin nur durch das Medium der Haut gehörig beikommen kann.

2) Bei Vergehen, die aus Wohllust entspringen, z. B. Nothzucht, Ehebruch, etc.

3) Bei jungen Verbrechern, die gewiß durch körperliche Schmerzen ganz vorzüglich auf den rechten Weg gevviesen vverden können.

4) Bei geringen Vergehungen, die durch eine Tracht Schläge leicht verhütet und abgefertigt vverden.

§. 43.

6) Das Brandmarken oder Aufbrennen eines Schandzeichens vverde nicht als Strafe zuerkannt.

Wird so ein Zeichen auf einem sichtbaren Theile des Körpers eingebrannt, so zvvingt es den Verbrecher, die Gesellschaft der Menschen zu fliehen, und durch neue Verbrechen seinen

Unterhalt zu suchen. Das auf bedekte Theile des Körpers eingebrannte Schandzeichen erregt nur vorübergehenden Schmerz, giebt keine bleibende Motive zur Besserung, und wird eigentlich als ein Mittel angewendet, um den Verbrecher kenntlich zu machen, wenn er sein Freiheitsgebiet, in das er zurückverwiesen worden, neuerdings überschreiten würde.

§. 44.

3. Freiheitsstrafen

sind die Festung, das Zuchthaus, das Gefängniß im engern Sinne.

1) In jedem Falle hat der Staat für Gefängnisse zu sorgen, die der Verurtheilte ohne Nachtheil seiner Gesundheit bevohnen kann.

Man kann über die Einrichtung der Gefängnisse vvarlich nichts edlers, nichts vortreflichers lesen, als Howwards praktisches System, auf die Gefängnisse in Philadelphia angewandt, zum Besten der Menschheit und als Beispiel für andere Staaten. Aus dem Englischen übersezt. Leipzig 1797.

Möchten auch unsre Fürsten endlich thätig Hand ans Werk legen! möchten sie mit vvarmem Eifer die so nothwendige, gemeinnützig, für das Wohl der ganzen Menschheit so interessante Reform und bessere Einrichtung der Strafanstalten und vorzüglich der Zuchthäuser sich angelegen seyn lassen! Es ist die erhabenste, heiligste Pflicht des Herrschers, Segen und Menschenvvohl zu verbreiten. Wenn er mit vollen Kräften an Erfüllung dieser Pflicht arbeitet, vvenn Tugend und reiner Eifer für das Beste seiner Bürger ihm auf dem Throne zur Seite sitzt, dann vvird er in dem Herzen, und in der Vaterlands - und Fürstenliebe seines Volks zuverlässig mehr Schuz finden, als unter den bevvaftenen Armen besoldeter Krieger, oder unter der gebrechlichen Larve feiger Höflinge.

§. 45.

2) Mit der Gefängnißstrafe vverde allzeit eine, geringere oder schvverere, körperliche Arbeit verbunden, die den Umständen und dem Endzvveke der Strafen am angemessensten ist.

Aller Ertrag dieser Arbeit bleibe dem Verbrecher, nach Abzug seines Unterhalts, eigen.

Selbst sein Eigenthum sey mit seinem Wissen unter der Vormundschaft des Staats aufgehoben, damit bei selbem Liebe der Ordnung, der Arbeit, des Eigenthums entstehen oder vviederkehren möge.

Uebrigens vverde der Verbrecher im Gefängnisse nie zu gelinde, nie als ein Kostgänger, der für sein Geld lebt, behandelt. Immer fühle er es, daß er hier am Orte der Strafe lebe, daß Freiheit und Bequemlichkeit die edelsten Gaben des rechtlichen Bürgers seyen, die er sich durch sein Verbrechen selbst entrißen hat.

Werden die Gefangenen im Zuchthause allzugelinde behandelt, so ist vvohl der Fall leicht möglich, daß Verbrecher nach der Strafzeit selbst Suppliken übergeben, um da ihr Leben beschließen zu dürfen, r) oder daß vvohl gar Verbre-

r) Gmelin Grundsätze der Gesetzgebung etc. §. 25. n. I. p. 53 et 54.

chen begangen vverden, um ins Zuchthaus, sohin ins landesherrliche Brod zu kommen.

§. 46.

3) Besserung kann nur auf dem Boden der Freiheit gedeihen, und über dessen Besserung man urtheilen soll, der muß frei seyn. Es ist also, vwie Fichte s) sagt, eine Hauptmaxime: die bestraften Menschen müssen auch in ihrer Begrenzung einen gewissen Grad von Freiheit haben, und unter sich in Gesellschaft leben.

Man müßte sich etvva dazu abgelegener Gegenden, unbevohnter Inseln und Küsten, etc. bedienen, zugleich aber gewisse Personen zur Aufsicht dahin beordern. Diese Aufsicht müßte aber so lange nicht bemerkbar seyn, als sie nicht gegen das Gesez handeln; sobald sie sich dagegen vergehen, müßte die Strafe auf dem Fusse folgen.

§. 47.

Indefs ist es andrerseits denn doch ausnehmend bedenklich, zur Besserung der Verbrecher

s) Grundlage des Naturrechts. Th. II. p. 117.

gleichsam eine Gesellschaft von Verbrechern zu stiften. Wenigstens scheint die Vervvilderung und die Rohheit der Sitten, die gewvifs bei einem beträchtlichen Theile dieser Gesellschaft eingewurzelt ist, schlechterdings nicht dazu geeignet, um den übrigen bessere Gefinnungen beizubringen. Vielmehr vvürde so manchmal ein einziger Bösevvicht im Stande seyn, die guten Vorsätze der übrigen, die vielmehr nur aus Schwvachheit Verbrecher vvurden, im Aufkeimen zu ersticken; und so vvürde statt der bezvvekten Besserung nothvvendig Vervvilderung die Folge der ausgestandenen Zuchthausstrafe seyn. Die Züchtlinge erzählen sich einander die Kunstgrife, deren sie sich bei Verübung ihrer Verbrechen bedienten, zetteln vvohl gar miteinander Verschwvörungen an, und kehren so gewvöhnlich vveit schlimmer aus dem Orte der Besserung zurück, als sie hinkamen.

§. 48.

Ich glaube sohin, es vväre am vortheilhaftesten, vvenn der Verbrecher eine geraume Zeit,

etvvä

etwa die erste Hälfte der bestimmten Strafzeit, allein gelassen würde, um ihn allererst durch vveise Lehren, durch Hinveifung auf die übeln Folgen der Gesezesübertretungen auf die Ueberzeugung zu bringen, daß vvahre Freiheit nur dem zu Theil vverden könne, der bei seinem Handeln stets das Gesez vor Augen habe, daß Wildheit und Feindschaft gegen das Gesez Feindschaft gegen sich selbst sey, daß jedes Verbrechen gerade zum entgegengesetzten Zwveke führe. t)

Hunger, schlechtere Kost, Arbeiten, Schläge, die nach der Beschaffenheit des begangnen Verbrechens zu reguliren vvären, müßten hier auch das ihrige beivvirken. Durch diese Anstalten vvird der Mensch an Ordnung und Arbeitsamkeit gevvöhnt, stille Einsamkeit führt ihn zum Nachdenken mit sich, und er lernt die Güter des

t) Bibliothek für die peinliche Rechtswissenschaft.
Th. I. St. II. p. 107. — Archiv des Criminalrechts, B. II. St. IV. No. VII. p. 146 sq.

Menschen an sich selbst kennen. Die übrige Zeit des Aufenthalts im Gefängnisse könnte er sodann in die Gesellschaft der andern gebracht werden, um da praktisch zu zeigen, ob er zur Liebe zu sich selbst rückgekehrt, und politisch gebessert worden sey, ob er nun wieder in der Gesellschaft rechtlicher Bürger zu leben verdiene.

Je größer nun das Verbrechen ist, je mehr Vervvilderung der Verbrecher durch seine That gezeigt hat, ein desto stärkeres Motiv muß auch dem Reize der Sinnlichkeit entgegengesetzt werden, desto längere Zeit wird auch andererseits erfordert, um Besserung erwarten zu können, d. i. auf desto längere Gefängnißstrafe muß erkannt werden.

§. 49.

4) Ueberhaupt soll sowohl in den Anstalten selbst, als in der Behandlungsart der Gefangnen ein Unterschied gemacht, und die Verbrecher in mehrere Klassen getheilt werden. In Hinsicht der Kost, des Grades der Beschränkung der Freiheit, der Arbeiten, bei schwerern Verbrechen auch

der Schläge, müssen verschiedene Modificationen statt finden. u)

§. 50.

5) Ueberhaupt scheint ein Zuchthaus nach der eben beschriebnen Einrichtung unter allen Strafen die vorzüglichste zu seyn. Am leichtesten und sichersten werden zuverlässig dadurch die Zwecke der Strafe erreicht.

§. 51.

6) Vorzüglich muß sich endlich der Staat angelegen seyn lassen, für das weitere Fortkommen des frei zu lassenden Bestraften zu sorgen, und in ihm der Gesellschaft ein brauchbares Glied und einen rechtlichen Bürger wieder zu

u) Gmelin a. a. O. p. 54. — Strafgesetzbuch für Westgalizien. §. 22. im Archiv des Criminalrechts etc. B. I. St. II. No. XII. p. 114. — Americanische Criminalverfassung, vorzüglich die Constitution von Pensylvanien. Kap. II. Art. 39. im Archiv etc. B. II. St. I. No. II. p. 24.

geben, der nicht durch übriggebliebene Schande, durch Vorurtheil, etc. genöthigt vvird, endlich vvieder als strafbarer Verbrecher an den Ort zurückzukehren, aus vv welchem er kaum befreit vvar. vv)

Selbst gebildete Leute, von denen man dennoch eine vernünftigere Denkungsart billig erwarten könnte, suchen sich gevvöhnlich aller Gemeinschaft mit so einem Unglücklichen, der eine Strafe erlitten hat, zu entziehen. Der Bestrafte vvird dadurch gevvibelos, vvird in einen hülflosen Zustand, und somit in die Nothvvendigkeit veretzt, zu eben der Lebensart rückzukehren, die ihn der peinlichen Strafe untervvarf.

Herrlich und nachahmungsvvürdig ist gevvifs in jeder Hinsicht die Königl. Preussische Instruction vom 13. Febr. 1798. vvegen des in den Fürstenthümern Ansbach und Baireuth bei Entlassung der Gefangenen aus den Festungen und

vv) Grolman Grundsätze etc. §. 170. — Wieland Geist der peinlichen Gesetze. §. 327.

Zuchthäusern zu beobachtenden Betragens, x)
 wodurch verordnet wird:

1) Dafs fremde Landstreicher, Betteljuden, etc. nach Vorschrift des allgemeinen Landrechtes, nach ausgestandner Strafe über die Gränze gebracht werden sollen. §. 1.

2) Alle Uebrigen müssen vor ihrer Ablieferung ins Zuchthaus umständlich und bestimmt vernommen werden, wohin sie sich nach ihrer Entlassung zu wenden, wodurch sie sich ihren Unterhalt zu erwerben gedenken, ob sie Aeltern, Kinder, Vervvandte, etc. haben, die für ihren Unterhalt rechtlich zu sorgen verpflichtet und im Stande sind? §. 2. 3. 4.

3) Findet der Richter die Angabe wirklich gegründet, und der Gefangene hat einen rechtlichen Nahrungszweig für seinen fernern Unterhalt, so ist selber nach seiner Entlassung geraden Wegs an den zu seinem Fortkommen bestimmten Ort hinzuvveisen. §. 5. 6. 7.

x) Bibliothek für die peinliche Rechtswissenschaft etc. Th. I. St. III. p. 349 sq.

4) Kann der Arrestant keinen rechtlichen Weg zu seinem künftigen Unterhalte angeben, oder vvirrd der angegebne Weg nicht gegründet gefunden, so muß den Vorstehern der Gemeinde, Corporation, deren Mitglied er etvva ist, oder der Gerichtsobrigkeit des Orts, vvo er sich die drey lezten Jahre aufhielt, oder der Obrigkeit des Geburtsorts, oder, vvenn er noch unter väterlicher Gevvalt steht, den Gerichten des Wohnorts seines Vaters Nachricht von der erkannten Strafe sovvohl, als von dem Zeitpunkte ihrer Endigung, gegeben, und zugleich die Verbindlichkeit aufgelegt vverden, gegen diese Zeit die nöthigen Vorkehrungen zu trefen, und zu sorgen, daß dem Arrestanten nach seiner Entlassung Gelegenheit, sich seinen Unterhalt zu ervverben, verschafft und nachgevviesen vverden möge.

§. 9. 10.

5) In Subsidium muß überall nach den Grundsätzen verfahren vverden, die in Ansehung der Unterhaltung eines hülfbedürftigen Gemeindegliedes bestimmt sind, §. 11.

6) Ultimato soll der Richter, oder die Behörde, vvelche für die Unterbringung zu sorgen hat, bei der Provinzial - Kriegs - und Domainenkammer sich vervvenden, dafs der Entlassene daher Arbeit und Unterhalt erlange.

§. 15. 16.

7) Auch für den Transport, oder, vväre selber nicht nothvvendig, für den Reisepafs, etc. hat derjenige, der für die Unterbringung sorgen muß, die nöthigen Anstalten zu trefen.

§. 17. 18. 20.

8) Es soll demnach von dem inquirenden Richter, oder Gemeindevorsteher, Gerichtsobrigkeit, genaue Correspondenz mit den Festungs - oder Zuchthausbehörden geführt vverden vvegen des Verfahrens bei künftiger Entlassung des Arrestanten, §. 22.

9) so vvie überhaupt der Richter sein vorzügliches Augenmerk immer darauf zu richten hat, dem Entlassenen ein fortdauerndes Auskommen zu verschaffen. etc. §. 24.

§. 52.

Möchte dieser Punkt auch in Hinsicht derjenigen recht wohl beherzigt werden, die mit Unrecht eines Verbrechens beschuldigt und ins Gefängniß gebracht wurden, oder wohl gar das Unglück hatten, in die Spezialinquisition zu verfallen! Ein vässerigtes Attestatum innocentiae reicht denn doch nicht hin, um die so tief eingewurzelten Vorurtheile des Publikums und die darauf sich gründenden Meinungen von der Bösartigkeit und Gefährlichkeit so eines ins Gefängniß geführten zu tilgen. Oeffentlich soll der Staat erklären, dieser Mensch sey ein rechtlicher Bürger, habe sich durch keine Uebelthat des Schutzes und der Vortheile der bürgerlichen Gesellschaft unvvürdig gemacht. Feierlich und mit Pomp soll er sohin in sein Gevvorb, Vermögen vvieder eingesetzt vverden.

§. 53.

B) Strafen, die ervvorbene Rechte entziehen, und zvvvar entwveder Privatrechte, oder öffentliche Rechte.

In die erste Klasse gehören
Ehren- und Vermögensstrafen;

In die zweite
Verweifung, und Abfetzung vom
Amte.

§. 54.

I. Die Ehrenstrafen

sind theils Strafen der Ehrlosigkeit, die den Verlust der bürgerlichen Ehre, und gänzliche Unfähigkeit, Staatsbürger zu seyn, nach sich ziehen y), theils blos beschimpfende, das Ehrgefühl kränkende, Schandstrafen.

1) Die Ehrlosigkeit soll als selbstständige Strafe nie erkannt werden. Es ist ungerecht und grausam, wenn man einen Unglücklichen, dem man Leben und Freiheit läßt, für unfähig erklärt, Staatsbürger zu seyn, und in der bürgerlichen

y) Grolman a. a. O. §. 119. p. 56. — Tittmann Grundlinien der Strafrechtswissenschaft etc. §. 66. p. 49.

Gesellschaft zu leben. Er vird dadurch in einen Zustand versetzt, der ihm die fernere Erwerbung seines Unterhalts durch erlaubte Mittel durchaus unmöglich macht; und es ist sohin zugleich ganz natürlich, daß der Staat in dem Ehrlosen selbst den Feind in seinem Busen nähre. z) Die allgemeine Verachtung der Staatsbürger, die Schande, die auf ihn haftet, die gänzliche Schutz- und Gesetzlosigkeit, in die er versetzt ist, und die ihn der vwillkührlichen Mißhandlung eines jeden vom Volke preis giebt, vird ihm's zur traurigen Nothwendigkeit machen, um nicht den Hungertod sterben zu müssen, zu neuen Gesetzesübertretungen seine Zuflucht zu nehmen.

§. 55.

z) Ehrlosigkeit kann also nur ein Adnex der Todes- oder der immervvährenden Gefängnißstrafe seyn. Es können und sollen keine andere Verbrechen mit dem Verlust der Ehre bestraft

z) Grolman am eben angeführten Orte p. 56.
— Gmelin a. a. O. p. 65.

vwerden, als solche, die Niederträchtigkeit, Ehrlosigkeit, und sohin absolute Unfähigkeit, Staatsbürger zu seyn, in sich selbst einschließen. Wer dem Menschen seine Ehre nimmt, nimmt ihm alles.

§. 56.

3) Selbst die blos beschimpfenden Strafen müssen mit der äußersten Vorsicht gebraucht werden.

Zuvar ist im Grunde Beschimpfung und Kränkung des Ehrgefühls ohnehin mit jeder Strafe, vorzüglich wenn sie, wie es immer seyn sollte, vor den Augen des Volks vollzogen wird, nothwendig verbunden. Wer Feindschaft gegen das Gesetz, Nichtachtung der dem Staatsbürger vorgeschriebnen Verbindlichkeiten in seiner Handlungsweise zeigt, der macht sich eben dadurch zum Gegenstand der Verachtung seiner Mitbürger.

Aber auch einzeln und an sich betrachtet können die beschämenden Strafen, z. B. der Pranger, das Halseisen etc. werden sie nur mit gehöriger Vorsicht angewendet, sehr zweckmäßig seyn; weil sie den Menschen, ist er nicht

vollends verdorben, und aller Besserung schlechterdings unfähig, unmittelbar trefen, und ihn mächtig auffodern, zu heilen die Wunde, die seinem Ehrgefühle geschlagen vvard, und rükzukehren durcheinem rechtlichen Lebensvvandel in die Gesellschaft seiner Mitbürger, vvvelcher er sich durch Ungehorsam gegen das Gesez unvvwürdig gemacht hatte.

§. 57.

4) Vorzüglich empfindlich ist diese Strafe für Leute, die den Werth der Ehre kennen, die nach ihrem Stande, Geburt, Gevverbe die grofsen Vortheile der Achtung der Mitbürger kennen gelernt haben, z. B. für einen Handvveiker, oder für einen im Amte stehenden Mann. Die vorsichtige Anvvendung einer Schandstrafe gegen Verbrechen, die in überlegter Bosheit und Niederträchtigkeit sich gründen, müfste gevvis bei solchen Leuten vom beträchtlichen Nuzen seyn, und ungezvveifelt mehr vvirken, als vvas immer für ein anders Strafübel.

§. 58.

5) Immer sollen aber die Schandstrafen spar-

sam und selten angewendet werden, und so beschaffen seyn, dass sie nicht in's Lächerliche fallen, nicht dem Pöbel ein Spiel des Muthwillens gegen den Bestraften werden. a) Leicht verlieren sie sonst den Eindruck, den sie machen müssen, wenn sie einen Vortheil haben sollten; der Pöbel wird an dergleichen tägliche Schauspiele gewöhnt, und der Begriff von wahrer Ehre, der dem Staate in so mancher Hinsicht vortheilhaft ist, wird in der Vorstellung der Bürger unvvichtig und geringe. Der Bürger muss auf seine Ehre stolz seyn; sie muss ihm heiliger seyn, als alles andre hienieden. Eine Gesellschaft, deren Glieder die Kränkung ihres rechtlichen Namens gleichgiltig ansehen, ist ihrem Untergange nahe.

§. 59.

6) Am zweckmässigsten möchten vvohl beschimpfende Strafen angewendet werden gegen Verbrechen, die im Stolze, in der Treulosig-

a) Gmelin a. a. O. §. 29. n. 3. p. 66.

keit, im unerlaubten Ehrgeize, im ungerechten Gebrauche einer erlaubten Gewalt, etc. ihren Grund haben (§. 12. und 13.). Uebermäßiges, unerlaubtes Streben nach Ehre kann und wird nur dadurch gehoben oder gemäßigt werden, wenn der Bürger sieht, das Resultat desselben sey Schande, die auf ihn selbst zurückfällt.

§. 60.

7) Am wenigsten werden diese Strafen ihren Zweck erreichen bei Leuten, die keinen Begriff von Ehre haben, denen die Achtung oder Geringschätzung ihrer Mitbürger gleichgiltig ist. Bei solchen Leuten, denen es nämlich an der Erziehung, an gehöriger Bildung fehlt, hat selbst der Verlust der Ehre kein Gewicht, und wird sie also nie von Begehung eines Verbrechens abhalten, wenn anders nicht damit gänzliche Brodlosigkeit verbunden ist. Ein einziger Stokstreich, oder Hunger, etc. ist im Stande mehr zu bewirken, als was immer für entehrende Strafen.

* Es ist sehr sonderbar, daß man bei uns in manchen Gegenden Leute vom niedern Her-

kommen mit Schandstrafen belegt, indess andere in den nämlichen Fällen mit Geldstrafen durchkommen. So vverden z. B. die ärmern Bauernmädchen mit der Geige am Halse, und mit dem Hute von Stroh mit Glökchen auf dem Kopfe unter die Schandsäule gestellt, vvenn sie ein lie-derliches ausschvveifiges Leben führen, indess die bürgerlichen, oder auch die vermöglichern Bauernmädchen mit einer geringen Summe sich loskaufen. Ist obige Strafe gegründet und gerecht, so muß sie ohne Rücksicht des Standes statt finden. Sollte etvva der vornehmere Stand ein Privileg zur Ausschvveifung seyn? Vermögensstrafe hat für Vermögliche geringes Gewicht; Schandstrafe vvird sie empfindlich kränken; da entgegen bei Dürftigen der Reiz zum Verbrechen am leichtesten durch Geldstrafen gehoben vvird. Vergl. §. 15.

Ueberall muß die gesetzgebende Klugheit die zweckmäßigsten Mittel zur Verhütung der Verbrechen anzuwenden vvissen.

§. 61.

2. Die Vermögensstrafen

1) können nur in äufferst vvenigen Fällen als brauchbare peinliche Strafen betrachtet vverden. Es ist vvohl nichts natürlicher, als dafs beim häufigen Gebrauche derselben der Bürger, vorzüglich vvenn er reich ist, auf den Gedanken gebracht vverde, sie seyen zur Verbesserung der Finanzen vom Staate eingeführt, man könne sich von Haltung der Geseze loskaufen, so vvie jener Lucius Neratius das XII. Tafelgesez — *si quis injuriam alteri faxit, viginti quinque aeris poenae sunt* — zu eludiren vvufste. b)

§. 62.

2) Für Verbrechen, die aus Eigennuz, Geiz, Habfucht, d. i. aus der unregelmässigen Begierde zu haben, hervorquellen, so vvie für jene, die im Müßiggange ihrer Urheber sich gründen, schei-

b) Gellius Noct. Attic. XX. I. — Heineccii Antiquitatum Romanarum syntagma etc. ad Libr. IV. Tit. 4. P. II. p. 191.

scheinen Geldstrafen die schiklichstcn zu seyn. Der Lieblingsneigung der Verbrecher von der ersten Klasse vvir'd dadurch am stärksten entgegen- gearbeitet, indem der Begierde zu haben die Nothwendigkeit zu geben entgegengesetzt, sohin die Leidenschaft directe angegrifen, und am empfindlichsten und vvirkfamsten gekränkt vvir'd.

Dem Müßiggänger aber, bei dem allerdings zur Unterdrückung seiner Bequemlichkeitsliebe mit der Vermögensstrafe auch eine harte Arbeit verbunden vverden sollte, vverden dadurch die Mittel benommen, seine niedrige Lebensart fortzusetzen. Andererseits vvir'd er zugleich zur Arbeitsamkeit gevvhöhnt, und es muß nothwendig die praktische Ueberzeugung in ihm bevvirkt vverden, daß man als rechtlicher Bürger das durch Arbeit sich ervverben könne, vvas man auf dem Wege der Ungerechtigkeit als Schurke seinen Mitbürgern ehehin entvvendete.

Wer also das Zollamt umfährt, den Staat um den Accis, um die Weggelder, etc. betrügt, mit verbotener Waare handelt, Wucher treibt, durch

falsche Eidschwüre, und andere Betrügereien seine Mitbürger um das ihrige bringt, der werde mit Geldstrafen oder Confiscation belegt. c)

§. 63.

3) Jedoch wird es in den meisten Fällen gegen Geizige oder Habsüchtige dienlich seyn, mit der Vermögensstrafe noch eine andere empfindliche Strafe vweislich zu verbinden. Allerdings möchte so ein Bestrafter sich sonst verleiten lassen, seine Bemühungen zu verdoppeln, um sich durch niedrige, geheimere Mittel seines Verlustes zu erholen, und die Summen wieder zu gewinnen, die ihm zur Strafe abgenommen wurden. d)

§. 64.

4) In jedem Falle müssen die Geldstrafen nicht überhaupt bestimmt, nicht für alle Verbre-

c) Gmelin Grundsätze etc. §. 31. p. 69. — Andreas Zaupfer Gedanken über einige Punkte des Criminalrechts, 2te Abhandl.

d) Wieland Geist der peinlichen Gesetze §. 324. p. 437.

cher ohne Unterschied auf gleiche Summen festgesetzt, sondern jederzeit nach dem Verhältnisse der Vermögensumstände eines jeden einzelnen Verbrechers angeschlagen werden. Am füglichsten könnte vielleicht die Bestimmung so geschehen, daß die Einziehung einer Quota (der Hälfte, des 3ten, 4ten Theils) des ganzen Vermögens festgesetzt würde. Dadurch würde die Strafe, so wie es immer seyn muß, für alle, die das nämliche Verbrechen begehen, gleich schwer, für alle gleich wirksam. e)

§. 65.

5) Schlechterdings ungerecht wäre es übrigens, wenn so eine (totale oder partielle) Vermögenseinziehung in eine Strafe unschuldiger Personen, die am Verbrechen keinen Theil hatten, verwandelt würde. Die Confiscation ist meistens große Ungerechtigkeit gegen die Familie des Bestraften, die schuldlos dem Elende und

e) Wieland a. a. O. S. 326.

Verderben preis gegeben v wird. Nur dann, wenn das Vermögen selbst durch das zu strafende Verbrechen ervorben v worden ist, kann selbe statt finden. Für die unschuldigen Angehörigen des Verbrechers muß in jedem Falle vom Staate gesorgt v werden.

§. 66.

6) Unvvidersprechlich muß allzeit der Verbrecher zum Erfaze, zur Schadloshaltung des durch ihn Beschädigten vorerst angehalten v werden; es ist nothvvendige Privatgenugthuung, deren Leistung überall die erste Pflicht des Beschädigers ausmacht. f)

§. 67.

Die zvweite Klasse von Strafen, die ervorbene Rechte entziehen, machen diejenigen aus, vvodurch vvir unsrer öffentlichen Rechte verlustig v werden. Dahin gehört Vervveifung und Abfezung vom Amte.

f) vergl. Jacob philosophische Rechtslehre oder Naturrecht. Halle 1795. S. 444. p. 268.

§. 68.

I. Die Vervveifung vom Lande, vom Gerichte, oder vom Orte,

1) soll im neuen Strafgesetzbuche schlechterdings keinen Platz finden. Entweder der auf diese Art zu Bestrafende ist wirklich ein Bösewicht, er hat eine niederträchtige Handlungsweise, ist der Gesellschaft rechtlicher Bürger vollends unvvürdig; oder es ist dies der Fall nicht, er ist aus Schwachheit Verbrecher geworden, es läßt sich noch mit Grund politische Besserung von ihm erwarten.

Gegen den ersten erreicht die Vervveifung, als Strafe, ihren Hauptzweck, (§. 6.) alle nur möglichen Verbrecher vom Verbrechen abzuhalten, durchaus nicht; der Bösewicht höhnt des Gesetzgebers, vvvelcher ihm dadurch vvehe zu thun glaubt; er begibt sich andersvvohin, und setzt seine Schandthaten fort. g) Ungerecht und den Grundsätzen des Völkerrechts schnurge-

g) Gmelin a. a. O. §. 26. p. 60.

rade entgegen ist es zugleich, einen Menschen, von dem man mit so groffer Wahrscheinlichkeit zu befürchten hat, er werde seine Freiheit auch fernerhin zur Fährdung der gemeinen Sicherheit in vvas immer für einem Staate mißbrauchen, einem andern Staate zuzuschicken, da jener eben dessvvegen vveggeschickt vvard, vveil er nicht vverth ist, unter Bürgern als Bürger zu vvan- deln. Dazu kömmt besonders in Teutschland noch, dafs alle einzelnen Nationen in felbem, so viele ihrer sind, vereint durch ein gemeinsames Reichsverband, nur ein Ganzes, nur einen Körper ausmachen. Jeder einzelne teutsche Staat, als Glied dieses Körpers, ist verbunden, die gemeine Sicherheit im Ganzen aufrecht zu erhalten; jeder Fürst, als Repräsentant seiner Nation, ist zugleich Sachvalter der ganzen teutschen Nation. Der Staat also, der einen Verbrecher aus seinen Gränzen entfernt, und ihn dem Nachbar zuschickt, handelt offenbar den Verträgen, durch vvelche dies gemeinschaftliche Band geknüpft vvard, entgegen, und verletzt die Verbindlichkeiten, die er als Garant der gemeinen teutschen

Sicherheit, so viel in seinen Kräften steht, übernommen hat.

Im zweiten Falle, wenn nämlich der zu Verurtheilende aus Schwachheit fehlte, wenn Unvorsichtigkeit, jugendlicher Leichtsinns, Ueber-eilung, Hize der Leidenschaft das Verbrechen verursachte, da ist die Ungerechtigkeit auffallend, die der Staat sowohl gegen den Verbrecher selbst, als gegen sich, begeht. Gegen den Verbrecher. Hingeschleudert in fremde, unbekannte Länder, ohne Lebensmittel, ohne Geld, ohne Zeugniß einer guten Auf-führung — wegen des gegründeten Mißtrauens, das man in ihn setzt, abgewiesen von jedem, bei dem er Arbeit sucht — als gesunder Bettler preis gegeben dem guten Willen der Leute, und den Launen des Schicksals — wohin soll er sich wenden? Was ist natürlicher, als daß er, um sich zu ernähren, auf alle mögliche Art, durch List oder Gewalt, andere zu berauben suche? und daß er so nach und nach aus einem leicht-sinnigen Schwächlinge der ruchloste Bösewicht werde? Statt ihn mit nützlichen Arbeiten zu be-

schäftigen, und ihn wieder zum rechtlichen Bürger, den er — vielleicht durch die Umstände gedrungen — verläugnet hatte, umzuschaffen, hat ihn der Staat selbst in die Nothwendigkeit veretzt, in fremden Orten durch was immer für Mittel sich seinen Unterhalt zu suchen. So nachtheilig diese Folgen sind, die die Verbannung nach sich zieht; so wenig ist doch andererseits die Androhung dieses Strafübels hinreichend, um die Klasse von Leuten, von der wir izt reden, vom Verbrechen abzuhalten. Der Leichtsinrige, der im Taumel seiner Leidenschaft Handelnde, denkt an die mittelbaren Folgen seiner viderrechtlichen Handlung nicht. Das unmittelbare Strafübel der Vervveifung achtet er so sehr nicht, reine Vaterlandsliebe ist ihm unbekannt, und Verbannung ist ihm höchstens eine Unbequemlichkeit.

Aber auch gegen sich selbst handelt der Staat durch die Vervveifung ungerecht und unpolitisch. Er verliert und entzieht sich selbst einen Bürger, welcher, wären seine Neigungen vveise geleitet worden, hätte seine Thätigkeit

die gehörige Richtung erhalten, ihm noch die nützlichsten Dienste geleistet haben vvürde. h)

Unmöglich ist's auch nicht, dass solche Verbannte mit andern ihres gleichen sich zu vereinigen, und sich am Staate, aus dem sie vertrieben vvorden, zu rächen suchen.

§. 69.

2) Eben diese Gründe passen auch gegen die zeitliche Vervveisung.

Der Verstoßsne vvird sich vvohl durch das Betragen seines Vaterlandes veranlaßt finden, nie mehr in selbes rückzukehren, oder andererseits gar feindliche Anschläge dagegen zu machen.

Die Klugheit möchte es übrigens in so manchen Fällen rathen, diese zeitliche Vervveisung

h) Wieland a. a. O. §. 329. sq. — Gmelin a. a. O. §. 26. — Die angeführten Gründe gegen die Verbannung hält für unzureichend Dr. G. M. Weber Diff. de Relegatione. Bambergae. — vergl. Bibliothek für die peinliche Rechtswissenschaft etc. Th. I. St. II. n. V. p. 132. sq.

anzuwenden, nicht als Strafe, sondern etvva als ein Mittel

a) entweder dem zu erhöhten der Staatsverfassung Gefahr drohenden Ansehen eines einzelnen Bürgers Schranken zu setzen, ungefähr so vvie bei den Athenienfern irrogabatur potentibus civibus absentia ab urbe decennalis, — — ne potentia aut gratia sua libertati populi officerent; i)

b) oder um die nachtheiligen Folgen der Feindschaft, die etvva die Bürger gegen einen Mitbürger hegen, von vv welchem sie sich beleidigt glauben, zu hintertreiben;

c) oder um einer Gefahr vorzubeugen, die von einem zu befürchten ist. k) In dieser Hinsicht können Bettler, Müßiggänger, Werber etc. ohne vveiters des Landes vervviesen vverden, etc.

i) Ubbo Emmius de Rebuspublicis Graecorum etc. — Wieland §. 331.

k) Dr. Eifenhart in der gekrönten Preisschrift etc. im Archiv des Criminalrechts etc, B. III. St. II. p. 42. 43.

§. 70:

3) In jedem Falle scheint die Deportation, und die Confination oder Bestri-
kung vveit zulässiger, als die Vervveifung in
andere Länder.

Durch die Deportation vvird der zu
Bestrafende von der bürgerlichen Gesellschaft iso-
lirt, und zum Aufenthalte auf vvüsten Inseln,
oder in öden entfernten Gegenden in die Gesell-
schaft anderer ihm ähnlicher Verbrecher hinver-
vviesen, vvo dann von selben das Land bebaut,
oder andere schvvere Arbeiten verrichtet vver-
den müssen.

Wird eine genaue Aufsicht über die Depor-
tirten geführt, so ist vvohl diese Art von Ver-
bannung (die aber nur mit der härtesten Strafe
gleich laufen muß) die allerzvvekmässigste, und
realisirt — frei von den Mängeln der Landes-
vervveifung — die Zvvecke des Strafrechts am
besten.

Sie verdient sohin in Staaten, vvelchen es
nicht an Gelegenheit zur Vollziehung fehlt,
vorzügliche Beherzigung.

Es müßte übrigens auch auf so einer Insel, auf so einem Strich Landes jedem Verbrecher sein bestimmter Wirkungskreis angewiesen werden, damit der Staat über das Verhalten und die Besserung eines jeden urtheilen könnte. 1)

§. 71.

Die Confination unterwirft den Menschen der beständigen und genauern Aufsicht der Obrigkeit des Orts, das er nicht verlassen darf, ohne sich einer schärfern Strafe preis zu geben. Wählt man einen Ort, an dem die Kräfte des Verbrechers immer in gespannter Thätigkeit erhalten werden, so ist diese Gattung von Strafe unstreitig geschickt, selbst — ist er nur kein abgehärteter Bösewicht — zum rechtlichen Bürger umzuschaffen.

§. 72.

2. Absezung vom Amte

1) ist die angemessenste Strafe gegen Verun-

1) Fichte a. a. O. Th. II. p. 117. — Wieland a. a. O. §. 332. — Gmelin a. a. O. §. 27.

treuungen im Dienste. Wer vorsätzlich die Verbindlichkeiten nicht erfüllt, die das vom Staate ihm übertragene Amt mit sich führt, zeigt sich eben dadurch desselben unvvürdig. Der Staat hat sich an seiner Person geirrt, und nimmt nun — eines bessern belehrt — das zurück, vvas ihm im vollem Vertrauen auf seine Rechtlichkeit mit der Bedingung ertheilt vvar, das er für das Beste der Gesellschaft nach Kräften forge, und die Erfüllung seiner Amtspflichten sich zur ersten heiligsten Pflicht mache. Jedes Amt im Staate ist im Grunde ein Kapital, das dem Volke eigenthümlich gehört, und vvovon der Vervveser die gehörige Zinsen zu leisten gebunden ist. Wird dieses Gemeingut schlecht vervvaltet, vverden dem Volke vom Kapital die gehörigen Zinsen nicht verreichet, so ist vvohl nichts natürlicher, als das dem treulosen Vervvalter die Vervvesung abgenommen, und statt seiner einem andern übergeben vvird.

§. 73.

2) Geschieht die Ueberschreitung der Amtspflichten nicht aus Vorsatz, nur aus Unvvissen-

heit, Nachlässigkeit, oder in der Hize der Leidenschaft, so könnte etvva Verfezung auf ein schlechters Amt statt finden.

§. 74.

3) Eine mit grosser Untreue, mit einem vorzüglichen Grade von Bosheit, und mit sehr nachtheiligen für den Staat verbundene Verletzung der Amtsobliegenheiten z. B. Eingrif in die Kasse etc. müfste nebst der Entfezung vom Amte noch mit einer besondern, nach der Grösse obiger Momente zu bestimmenden Strafe, etvva vvohl gar mit Deportation belegt vverden.

§. 75.

Die Sorge für die Familie des zu Bestrafenden z. B. durch die Anvveifung eines jährlichen Gehalts verdient auch hier vvieder in einem hohen Grade die Aufmerksamkeit des Gesezgebers, dessen Handlungen überall das Gepräge der Gerechtigkeit und der vvärmsten Vorforge für das Wohl jedes Einzelnen eben so vvohl, vvie für das Beste des Ganzen haben müssen.

§. 76.

III. Mit vvelchen Strafen müssen einzelne Verbrechen bestraft vverden?

Harte Strafen sind durchaus das Mittel nicht, um den Charakter des Volkes zu bilden. Die Nation vvird dadurch abgehärtet, das Gefühl abgestumpft, die Thätigkeit zum Guten unterdrückt, und der schädliche Wahn bevvirkt, als strafe die Obrigkeit blos, vveil sie die physische Macht dazu habe m)

Im Gegentheile sind zu gelinde Strafen nicht hinreichend, die gemeine Sicherheit der bürgerlichen Gesellschaft zu erhalten, und zu befestigen; und es ist, vvie Kant sagt, theilnehmende Empfinderei einer affectirten Humanität, die heut zu Tage im peinlichen Rechte zum grossen Schaden der Wissenschaft immer mehr und mehr Mode vvird, vvenn man unter

m) Plitts Repertorium für das peinliche Recht. Vol. I. §. 106. — Kleinschrod Entwicklung etc, Th. II, §. 35.

dem Vorwande der Vertheidigung der Rechte der Menschheit alle strenge Strafen aus dem Gesetzbuche getilgt wissen will.

Es ist die wichtigste Pflicht des Gesetzgebers, genaue Proportion zwischen den Verbrechen und Strafen herzustellen, und so die Sicherheit der gemeinen Rechtsphäre weder durch übertriebne Strenge, noch durch unzeitige Nachgiebigkeit zu fährden, vielmehr durch weise, dem Geiste der Nation angemessene Gesetze die Wohlfahrt seiner Unterthanen nicht nur für den gegenwärtigen Augenblick, sondern für immer mit Energie zu sichern.

Die Blicke des Gesetzgebers müssen überhaupt nicht auf den Horizont des Augenblicks sich beschränken; sie müssen weiter reichen, müssen die Gründe aller Verordnungen aus der Natur der Sache selbst, und der allgemeinen Wohlfahrt des Volks herholen; müssen zugleich die Vortheile der Nachwelt abwägen, und auf immer bleibende Verhältnisse Rücksicht nehmen.

Zu gelinde Strafen kommen in unsern Gesetzbüchern nicht vor. Nur die Polizeistrafen gegen den Wucher, Bettel, gegen die hohen Spiele, und vorzüglich die Strafen gegen Injurien; wenn sie Niedern von Höhern zugefügt werden; dürften allerdings verschärft werden.

Mit Hinsicht auf die in unsern Gesetzbüchern festgesetzten Strafübels wollen wir sohin blos von den zu scharfen Strafen für einzelne Verbrechen kurz handeln.

§. 77.

a. Mit zu scharfen, unproportionirten Strafen sind in unsern Gesetzbüchern belegt

1) Der Diebstahl, und überhaupt alle Verbrechen, die gegen die Sicherheit des Eigenthums gerichtet sind.

Schon bei dem ersten Blike, den man auf die Natur dieser Verbrechen hinwirft; muß man sich überzeugen, daß derjenige, der einer gesetzwidrigen Unternehmung wider die Sicherheit

des Eigenthums sich schuldig gemacht hat, bei vveitem der Sicherheit der bürgerlichen Gesellschaft nicht so gefährlich, andrerseits auch seine politische Besserung bei vveitem nicht so hart und unerreichbar, dafs er sohin bei vveitem nicht so strafbar sey, als der Urheber von solchen gesezvvidrigen Handlungen, die gegen das Leben, die Gesundheit etc. der Bürger gerichtet, und mit einem unersezlichen Schaden verknüpft sind.

§. 78.

2) Schon daraus ergibt sich, dafs vveder Diebe, noch Räuber in der Regel je mit der Todesstrafe belegt vverden können.

Der vveise Solon hielt es schon für übertriebne Strenge, die vom ersten Gesetzgeber Drako auf den Diebstahl festgesetzte Lebensstrafe in seinem Staate einzuführen.

Die XII. Tafelgesetze drohen nur den Sklaven vwegen eines begangnen Diebstahls mit der Todesstrafe.

In Teutschland vvusste man vor K.

Friedrich I. von dieser Strafe beim Diebstahl nichts. Er erst verordnete: n) si quis quinque solidos valens, aut plus fuerit furatus, laqueo suspendatur: si minus, scopis et forcipe excorietur, et tundatur.

K. Karl V. überläßt in der peinlichen Gerichtsordnung o) die Strafe des Diebstahls überhaupt dem Ermessen des Richters, und nur als Extrem setzt er den Strang, oder bei Weibspersonen das Ersäufen fest; auf den Kirchendiebstahl aber v wird im Artikel 172. so v wie auf den Raub Art. 126. unbedingt die Todesstrafe verordnet.

Nach der verkehrten Auslegung des rauhen Karpzovs und seiner Anhänger v wurde nun aber in die meisten Provinzialgesetzbücher für den großen, qualificirten, und dritten Diebstahl schlechterdings hin die Todesstrafe aufgenommen.

n) II. Feud. Tit. 27. §. 9. — vergl. Wieland a. a. O. §. 468. Anm.

o) Art. 159. 160. 162.

Darum setzt auch der bayerische Criminalcodex von 1751., der unstreitig allzeit der strengsten Meinung huldigt, auf den grossen, d. i. auf ein - oder zweimal 20 fl. oder mehr an Geld oder Gelds Werth betragenden, Th. I. Cap. II. §. 3. — auf den gefährlichen, ibid. §. 5. — und auf den dritten, d. i. alle dreimal zusammen vvenigst 30 fl. betragenden, Diebstahl §. 6. den Strang fest.

Preussens grosser König, Friedrich II., verordnete schon unterm 27ten Julius 1743., dass die Strafe des Strangs durchaus nicht statt finden sollte, vvenn der Dieb ausser dem Diebstahle nichts mörderisches verübt hätte, und den 8ten April 1750. setzte er fest, dass nur vvegen angewandter grosser Gewalt bei Strassenräubereien, bei gewaltthätigen Einbrüchen und dem daraus erfolgten Binden oder Misshandeln der Leute, und gegen die Mitglieder der Diebsbanden eine sehr harte und lange Festungsarbeit erkannt vverden sollte. p)

p) Archiv des Criminalrechts etc. B. I. St. I. No. VI. p. 136.

Die neuen preussischen Gesetze über die Bestrafung des Diebstahls, so vvie die neuen diefalls erlassne Verordnungen sind ohnehin bekannt.

§. 59.

3) Die vorzüglichste Strafe des gemeinen Diebstahls ist vwohl körperliche Züchtigung, vvodurch nothvvendig der gevvöhnliche Grund des Diebstahls, die Begierde zu geniessen, aufgehoben vvird, so vwie andererseits die Gevvissheit, das Gestohlene zu ersetzen, die Privatgenugthuung, die ohnehin unbedingt dem Bestohlenen geleistet vvorden muss, die Habbegierde von der Wurzel aus zu tilgen geeignet ist.

Beim zvweiten Diebstahle müfste diese Züchtigung geschärft, und zugleich mit Einsperrung in das Zuchthaus, und schvverer Arbeit verbunden vvorden. Mit dieser Züchtigung, engern Einsperrung, und schvverern Arbeiten vväre dann so lange fortzufahren, bis man von des Verbrechers politischer Besserung, und Fähigkeit, in die Gesellschaft der Bürger als rechtlicher

Mensch rückzukehren, vollends überzeugt feyn könnte.

Der auch dadurch nicht zu bessernde Dieb müßte endlich auf evvig ins Zuchthaus, oder zu öffentlichen Arbeiten, oder zur Deportation verurtheilt vverden. q)

Beim Mangel eignen Vermögens zum Schadensersatze wäre der Verbrecher, nach ausgestandner Strafe, so lange im Arbeitshause zu arbeiten anzuhalten, bis er den verursachten Schaden zu ersetzen im Stande feyn würde. r)

§. 80.

4) Auf den gewvaltfamen, gefährlichen Diebstahl dürfte gleich zum erstenmale scharfe körperliche Züchtigung, und zugleich

q) K. Preussische Verordnung wegen Bestrafung der Diebstähle dd. 26 Februar 1799. §. 2-13. im Archiv des Criminalrechts. B. II. St. I. No. III. — vergl. ebendasselbe. B. III. St. I. No. IV.

r) Quistorp Entwurf zu einem Gesetzbuch in peinlichen und Strafsachen. Th. I. §. 183.

harte Gefängnißstrafe gesetzt, bei Wiederholung aber selbe erhöht, und endlich auf ewvige Zuchthausstrafe erkennt vverden.

§. 81.

5) Eben so, vvie beim gewvaltfamen Diebstahle, vväre auch beim Raube zu verfahren.

§. 82.

6) Es müßte übrigens allerdings die Strafe geschärft vverden

a) vwegen Beschaffenheit der gestohlenen Sache.

Wenn dem Staate an Erhaltung und Sicherheit einer Sache vorzüglich viel gelegen ist, so muß nothvvendig derjenige, der einen vviderrechtlichen Angriff auf selbe vvagt, mit einer vorzüglich scharfen Strafe belegt vverden (§. 3.). Daher die erhöhte Strafe des Holz- Feld - Bienen - Kirchendiebstahls, des Peculats, des criminis Residui, bei vvvelchem sich der Beamte des öffentlichen Zutrauens, das man in ihn setzte, im hohen Grade unvvwürdig zeigt,

nöthwendig also seines Amtes entsetzt werden muß. s)

b) Wegen der Art zu stehlen.

Wer sich nicht scheut, in ein Haus einzusteigen, Thüren und Kästen gewaltsam zu erbrechen, oder vwohl gar Waffen mit sich bringt, um auf jeden Fall des Widerstandes sich, soll es auch das Leben des Eigenthümers kosten, zu vertheidigen, — der ist gewviss in jeder Hinsicht der bürgerlichen Gesellschaft in einem hohen Grade gefährlich, seine Handlung hat das Gepräge einer vorzüglichen Ruchlosigkeit, und einer nicht gemeinen Gleichgültigkeit und Verachtung der heiligsten Pflichten des Staatsbürgers an sich, und es ist sohin keinem Zwveifel untervvorfen, dafs eine geschärfte Strafe statt finden müsse.

c) Wegen den besondern Umständen der Zeit, des Orts, etc.

Wer sich z. B. des Elendes seiner Mitbürger bedient, um bei einer allgemeinen Feuers - oder

s) Gmelin a. a. O. §. 98. 99. p. 198. sq.

Wassersnoth, oder bei andern ähnlichen Fällen, mit fremdem auf niedrige Art entvwendetem Eigenthume sich zu bereichern, — dessen Vervvilderung muß einen hohen Grad erreicht haben, er ist nicht vvürdig, Bürger zu seyn und unter Bürgern zu vvandeln, er muß von der Gesellschaft rechtlicher Menschen entfernt vverden, bis man überzeugt seyn kann, der Gräuel seiner Handlungsweise und seiner vorigen Grundsätze sey zerstört, und an ihm vverde dem Staate ein neues Wesen vvieder gegeben.

§. 83.

7) Betrügerei, Verfälschung, etc. soll und darf nie, vvie z. B. in Baiern, t) mit der Todesstrafe, sondern immer nur mit einer Geldbusse, etvva doppelter, dann mit vierfacher Schadenserfetzung (die im Mangel eignen Vermögens im Arbeitshause abgearbeitet vverden müßte) und zugleich mit einer beschimpfenden Strafe, bei nicht erfolgnder Besserung aber mit

t) Cod. Crim. Cap. IX.

Einsperrung und endlich mit ewvigem Zuchthause belegt vverden.

§. 84.

b. Zu hart vverden insgemein auch bestraft die sogenannten qualifizirten Fleischesverbrechen.

Wer erstaunt nicht, oder glaubt nicht den fürchterlichsten Sprung in die Gräuel der Vorzeit zurückzuthun, vvenn er

1) auf den zvweiten Ehebruch eines Weibs, so vvie auf den zvweiten Ehebruch einer Mannsperson mit einer Verheiratheten, unbedingt die Schwvertstrafe festgesetzt findet; und das in einem Gesetzbuche, u) in der Mitte des aufgeklärten achtzehnten Jahrhunderts verfaßt? Schon der erste Ehebruch vvird §. 1. ibid. mit 4, respective 8 vvöchentlichem Gefängnisse mit Wasser und Brod (außer der zu Bestrafende vväre ein Adelicher n. 6. ibid. und §. 2.), dann dreimaliger Vorstellung in Eisen vor der Kir-

u) Cod. Crim. Bav. Th. I. Cap. IV. §. 2.

chenthüre mit entblößtem Arme, auch Licht und Ruthen in der Hand, und bei Bemittelten noch mit 100 Pfund Pfening gestraft. etc.

Wer kömmt da nicht in die Versuchung, aufzurufen: Aliis imponunt onera, quae ipsi digito movere nolunt! Wie verächtlich und lächerlich muß andererseits so ein Gesetz werden, das mit so viel Strenge gegeben ward, und mit so geringem Ernste exequirt wird!

Dass der Ehebruch einen Eingriff in fremde Rechte, und zugleich Störung der Staatszwecke in sich halte, dass er sohin unter die Rubrik der Verbrechen gehöre, und ein Gegenstand der Strafgesetzgebung seyn müsse, ist unstreitig.

Man erwäge aber andererseits den grossen Einfluss, den gewöhnlich die Aeltern auf die Ehen ihrer Kinder sich anmassen, vvoraus so oft Missvergnügen, Unzufriedenheit und Collisionen entspringen; man betrachte das Harte der Unauflösbarkeit des ehlichen Bandes, wodurch oft ein so vvenig harmonirendes Paar, die sich in der Hize der Leidenschaft nicht genug Mühe gaben, sich genau kennen zu lernen, zu ihrem

Unglücke aneinander gekettet bleiben muß; man werfe einen sorgfältigen Blick auf die Schwachheit der menschlichen Natur, die gewiß in Hinsicht der Befiegung des Geschlechtstrieb's am meisten sich zeigt; — wer wird sich nicht überzeugen, daß die Anwendung der Lebens- oder andrer schwerer Strafen dem wesentlichen Endzwecke, und den Gränzen der Strafgerechtigkeit schlechterdings entgegen sind, vorzüglich da auch rechtliche Bürger, die in jeder Hinsicht als Muster vom bürgerlichen Gehorsame aufgestellt zu werden verdienen, im Kampfe mit der Leidenschaft nicht selten unterliegen. Was sind auch die besten, weisesten, heiligsten Grundsätze, wenn sie mit einem heftigen, feurigen Temperamente in Collision kommen, vorzüglich wenn dann Bedürfnis, Reiz, Gelegenheit, Unzufriedenheit mit dem andern Eheheile, Lage, etc. dem letztern den Sieg erleichtern!

Soll die Zahl der Ehebrecher vermindert werden, so muß der Gesetzgeber vorerst immer, so viel es in seinen Kräften steht, die

Quellen dieses Vergehens zu verstopfen suchen. Er forge für glückliche Ehen, für Beförderung der häuslichen Glückseligkeit, für Mittel, der Verführung und dem Luxus Einhalt zu thun, — und das Wohl des Staates, das Glück künftiger Generationen v wird in dieser und in jeder Hinsicht gegründet seyn.

§. 85.

2) Die höchste Strafe, die auf den Ehebruch festgesetzt v werden könnte, v wäre etvva viertel- oder halbjähriges Gefängniß, mit einer harten Arbeit verbunden, v wodurch die Ausartung des Geschlechtstriebes gehemmt und erstikt v werden sollte. Schlechtere Kost, und eine verhältnißmäßige Leibesstrafe dürfte ebenfalls gut und zvvekmäßig seyn.

§. 86.

3) Von Amtsvwegen ohne vorgängige Klage des beleidigten Theils, oder nach schon geschehener Aussöhnung beider Ehegatten, soll die Strafe des Ehebruches durchaus nicht statt finden. Ohnehin trefen einerseits die Ausschvveifungen

so eines Wohllüftlings den Staat nur mittelbar; andererseits muß die Güte und Grosmuth des beleidigten Theils für den Verbrecher (verläugnet er nur nicht alle Würde der Menschheit) ein mächtiger Bevveggrund feyn, zur Besserung sich zu bestimmen, und etvva das zerriffne Band einer bisher minder glüklichen Verbindung fester und dauerhafter zu knüpfen. vv)

§. 87.

4) Alles, vvas vom Ehebruche gesagt vvorden ist, gilt auch von der Poligamie, die aber mehr strafbar ist, als jener, theils vveil

vv) Wieland Geist der peinlichen Geseze. §. 508. et 509. — vergl. K. Preussische Verordnung dd. 6. Juni 1767. über die Inquisition des Richters in Ehebruchsachen. — Auch darf aus dem Grunde nicht von Amtsvwegen bei dem Ehebruche verfahren vwerden, vveil der Richter den beleidigten Ehegatten durch dieß Verfahren öffentlich für einen Hahnrei erklären, sohin injuriren vvürde. — Cella über Verbrechen und Strafen in Unzuchtsfällen. §. 62. und Tittmann Grundsätze der Strafrechtswissenschaft etc. §. 342. Anm.

dadurch die Bevölkerung gehindert, sohin das gemeine Wesen unmittelbar gefährdet wird, theils vveil dieses Verbrechen einen mehr überlegten und festen Entschluß, und einen hohen Grad von Selbstthätigkeit voraussetzt, da entgegen der Ehebruch gevvöhnlich die Folge der Regung einer aufbrausenden, schnellen Leidenschaft ist.

§. 88.

§) Ganz vorzüglich strafbar ist das Verbrechen der Nothzucht, oder des erzvvungenen Beischlafs. Nichts entehrt vvohl hienieden die Menschheit mehr, als vvenn man andre Menschen als Mittel seiner viehischen Lüste herabzuvvürdigen, und den edelsten der natürlichen Triebe auf so eine unedle, niedrige Art zu mißbrauchen sich nicht scheut.

Deportation oder langvvierige Zuchthausstrafe mit vorgängiger körperlicher Züchtigung, und mit harten Arbeiten verbunden, möchte die passendste Strafe auf dieses die gemeine Sicherheit unmittelbar störende Verbrechen seyn; so vvie auch im Römischen Rechte auf alle Arten von

Gewaltthätigkeit in der Regel die Deportationsstrafe gesetzt vvar. x)

§. 89.

6) Die Entführung ist nur in so ferne peinlich zu bestrafen, als sie eine Gewaltthätigkeit in sich hält, und vvolhllüstiger Absichten halber geschieht.

In jedem Falle ist die Strafe des Schwerts (in unserm baierischen Criminalcodex) y) zu strengē.

§. 90.

7) Kupperei verdient die sorgfältige Aufmerksamkeit des Gesetzgebers in einem ganz besondern Grade.

Am tiefsten muß vwohl der Mensch gesunken seyn, der sich's zum Geschäfte macht, der Beförderung

x) vergl. §. 8. Inst. de publicis judiciis. L. 3.
§. 4. ff. ad leg. Jul. de vi publica. L. 10.
§. 2. ibid. Nur auf den Jungfern - oder Weiberraub ist in diesen Gesezen die Todesstrafe bestimmt.

y) Th. I. Cap. VI. §. 8.

förderung schändlicher Ausschweifungen die Hände zu bieten, und unschuldigen Wehrlosen das kostbarste, vvas sie hienieden haben, zu rauben oder rauben zu helfen, sie der äußersten Verlegenheit und dem elendesten Zustande preis zu geben, der Armuth und Schande zur Beute vverden zu lassen, und an den Rand des schrecklichsten Abgrundes hinzubringen.

Ganz oder bis zu erfolgreicher Besserung muß derjenige seiner Freiheit beraubt, und der bürgerlichen Gesellschaft unvvürdig erklärt vverden, der die Würde der Menschheit so sehr verläugnen, und den Zvveken des Staats, zu deren Realisirung er nach Kräften mitzuvvirken sich anheischig machte, so gerade entgegenarbeiten konnte.

§. 91.

8) Die unnatürliche Befriedigung des Geschlechtstrieb's, so vvie auch die Blutschande können mit keiner peinlichen Strafe belegt vverden.

Der Polizeigesetzgeber suche dergleichen Wohlthätlinge, bei denen Rohheit, Mangel an Erziehung und moralischer Bildung die Quellen von diesen Lastern zu seyn pflegen, durch gute öffentliche Anstalten auf bessere Wege zu bringen, und vorzüglich, durch Verbesserung der Erziehungsanstalten, und durch beständige Aufsicht auf selbe, diesen Lastern vorzubeugen.

Andrerseits muß aber auch der Umfang der Blutschande mehr eingeschränkt, und überhaupt diese Sache mehr dem Gevvissensrichter überlassen vverden. In jedem Falle ist's Verbrechen der beleidigten Menschheit, die Sodomiterei mit dem Schwerte, die Blutschande in gerader auf- oder absteigender Linie gar mit dem Feuer, in der Seitenlinie unter Geschvvisterten mit dem Schwerte, unter vweiter entfernten Vervvandten mit dem Staupbesen oder mit der Landesvervveisung zu strafen, z) Wie groß muß die Ver-

z) Cod. Crim. Bav. Th. I. Cap. VI. §. 1. sq.
— Selbst der vorgeschüzte Irrthum in der Person, oder die Unvvissenheit der Vervvandschaft

legenheit des Richters seyn, vvenn er diese unmenschlichen Geseze in Ausübung bringen soll!

Einerseits ist er blos Executor legis, ist strenge an den kategorischen Ausspruch desselben gebunden, hat blos das Factum zu subsumiren.

Andrerseits sieht er vielleicht ein paar Leuten vor seiner, die, — von jeher gut und redlich, — in der momentanen Hize ihrer Leidenschaft vergaßen, daß ihre Urgroßväter Brüder vwaren, und dieser Vergessenheit halber nun des Landes vervviesen vwerden sollten.

Warlich dergleichen strenge Geseze dienen nur dazu, daß der Richter alle Schlupfvvinkel einer verkehrten Auslegungskunst auffuche, um sie selbst zu umschifen.

Unmöglich kann in so einem Staate die Criminaljustiz blühend seyn, da der Richter immer zvvischen dem gefährlichen Dilemm zu vvählen

soll nach §. 5. nicht zur Entschuldigung dienen, vvenn nicht ein oder das andere durch Tortur erhärtet vvürde.

hat, entweder dem Geseze zu Folge die rechtlichsten Bürger zu schlachten, oder durch Verdrehung der Geseze die Auktorität derselben zu untergraben, Mißtrauen gegen den Gesetzgeber zu erregen, und so ganz konsequent den ganzen Codex zum Spielballe der Willkühr, und einer durch nichts eingeschränkten schiefen Auslegung zu machen. —

§. 92.

c. Zu hart und dem Geiste der peinlichen Geseze durchaus entgegen scheint mir die auf den Kindermord gesetzte Todesstrafe.

Warlich in keinem Punkte kann und v wird der Gesetzgeber so sehr in Verlegenheit kommen, als in Bestimmung der passendsten Strafe auf dieses Verbrechen, um den Pflichten der Strafge- rechtigkeit und der Strafklugheit zugleich Genüge zu leisten.

Kein Verbrechen beleidigt einerseits die Regungen der Natur sovwohl, als die Foderungen der bürgerlichen Gesellschaft so unmittelbar und in so hohem Grade, als der Kindermord.

Andrerseits werden erste, so wie das Bewußtseyn von letztern bei keinem Verbrechen so leicht gehoben, als eben bei diesem. Mächtig sind die Gefühle der Schamhaftigkeit und der Geschlechtsehre. Alle Empfindungen der mütterlichen Liebe, alles Bewußtseyn von Pflicht werden im Herzen des geschwächten Mädchens durch selbe leicht getilgt.

Trift der Gesetzgeber vveise Anstalten, um dieser Furcht vor Schande ihre Nahrung zu entziehen, um diese Ehre dem verführten Mädchen vor dem Publikum zu sichern, so vviird der Kindermord gewvifs ausnehmend selten seyn.

Diese Anstalten sind nun nach Wieland a) theils solche, die den vorgesezten Zweck auf eine entfernte, theils solche, die selben auf eine nähere Art befördern.

§. 93.

In die erste Klasse gehören

a) die Polizeistrafen, die jenen Aeltern, besonders den Müttern, angedroht werden

a) a. a. O. Th. II. §. 453.

müßten, welche ihren erwachsenen Töchtern einen vertrauten Umgang mit Mannspersonen gestatten, deren Absicht nichts vveniger, als eine standhafte Verbindung ist oder seyn kann.

b) Strenge Bestrafung eines jeden unschiklichen Antrags, den eine Mannsperson zur Verführung eines unschuldigen Mädchens macht.

§. 94.

In die zweite Klasse rechne ich mit
Wieland

a) jene Anstalten, vvodurch der Gesetzgeber die Ausichten der Verführten in die Zukunft aufheitert, ihre Ehre in Schuz nimmt, für ihren und ihres Kindes Unterhalt auf alle mögliche Art sorgt, und überhaupt keinen Grund ihr übrig läßt, der sie bevvegen könnte, die bedauernsvvürdige Frucht einer unerlaubten Verbindung, die sie unter ihrem Herzen trägt, als die Ursache ihres künftigen Elendes zu betrachten.

b) Zugleich muß der Verführer strenge angehalten vverden, die Verführte zu heira-

then, oder, vvenn sie selbst von dieser Forderung absteheu vvill, oder die Umstände es erheischen, ihr eine angemessene Genugthuung zu leisten. Die Verbindlichkeit, das Wesen, dem er die Existenz gegeben hat, zu erhalten und zu erziehen, legt ihm die Natur der Sache auf.

Ich vervveise übrigens hier auf die oben angeführte Fürstl. Anhalt-Bernburgische Verordnung, (§. 29.) so vvie auf das schon früher, den 17ten Merz 1797. erlassene K. Preussische Gesez vvegen Verhütung und Bestrafung des Kindermordes. b)

§. 95.

Wird nun aber demungeachtet das Verbrechen des Kindermordes verübt, so glaube ich dennoch noch immer, die Todesstrafe könne hier in der Regel nicht statt finden.

Es ist so ziemlich gevvis, dafs zuvveilen schon die Schwvangerschaft, noch mehr aber die

b) Bibliothek für die peinliche Rechtswissenschaft etc. Th. I, St. I. p. 382.

Entbindung so eine Zerrüttung des Körpers und Vervvirrung des Geistes hervorbringe, daß die Phantasie die Oberhand erlangt, und die höhern Verstandeskräfte nicht mehr im Stande sind, vollkommen zu vvirken. Dieser allgemeine Milderungsgrund muß um so mehr in Erwägung gezogen vverden, da der Staat der aufferehlig geschvvängerten Weibsperson ihre Ehre zvvar vor den Augen des Publikums zum Theil sichern kann, aber das eigne Gefühl der Schande in ihrem Herzen nie zu tilgen im Stande ist, dieses Gefühl, dessen Energie nothvvendig um so größer ist, je mächtiger das Bevvußtseyn eigner Würde im Mädchen vvirkt.

Was Wunder, vvenn diese Geistesvervvirrung, die durch die Schmerzen der unglücklichen Geburt noch erhöht vvid, zu einem Verbrechen Anlaß giebt, vor dem das Mädchen sonst zurückgeschaudert vväre.

Man kann es mit Zuverlässigkeit behaupten, daß nur im unseligen Moment der Melancholie oder vvohl gar der Verzvvweiflung das Verbrechen des Kindermordes verübt vvid.

Wer vvird es vvagen, das Todesurtheil über eine Person auszusprechen, die — hingerissen von einer unglüklichen, von dem Verführer angefachten Leidenschaft — eine Schwachheit begieng, deren unglükliche Folgen sie damals nicht überfah, durch diese Schwachheit einem Wesen auf eine ungefezliche Art das Daseyn gab, und nun — im Fluge ihrer exaltirten Einbildungskraft — umgeben von tausend Schrekensbildern, und gefolttert von bitterer Reue über ihre übereilte That — eben diesem Wesen seine ohnehin gefez- und schuzlose Existenz vvieder nimmt. c)

In keiner Hinsicht kann endlich vvohl der Mord eines erst gebornen Kindes mit dem Morde eines erzogenen, gebildeten Staatsbürgers in Vergleichung kommen, vorzüglich da es noch im hohen Grade ungevvifs ist, ob je das Kind zum rechtlichen Bürger emporvvachsen vvürde.

c) Kant metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre etc. p. 204.

§. 96.

Die Verurtheilung zur Zucht - oder Spinnhausarbeit auf 4, 6, oder 8 Jahre möchte vwohl die angemessenste Strafe für dieses Verbrechen seyn, vvelche aber nach Maasgab der Umstände zu mildern vväre. d)

§. 97.

d. Eben so vvenig kann nach meiner Ueberzeugung der Zwveikampf und der in selbem begangne Todschlag * mit der Todesstrafe belegt vwerden.

Möchte doch endlich der Zeitpunkt erscheinen, in vvelchem — durch vveise Bemühung der Gesezgeber — die Privatfehden, diese so unächten, aber durch ein verjährtes Vorurtheil geheiligten Mittel, dem beleidigten Ehrgefühle Ge-

d) Fichte Grundlage etc. Ir Anhang. §. 48. p. 238. — Quistorp Entwurf etc. Th. I. §. 141. p. 159. 160.

* vergl. Generalmandat in Baiern von 1773. 23ten Sept. vwegen Bestrafung der Duelle.

nugthuung zu leisten, einmal ausgerottet vvürden! Möchte endlich einmal die verderbliche Meinung getilgt vverden können, dafs die Jemanden angethane Beschimpfung oder Injurie durch Herausforderung auf Leben und Tod, oder durch schwere Vervvundung, Verstümmlung des Beleidigers gehoben vverde!

Das ganze Streben des Gesetzgebers mufs dahin gerichtet vverden, diese Vorurtheile zu bekämpfen, diesen Irrvvahn zu heben; — und der Zvveikampf vvird eine feltne Erscheinung seyn!

Kann es der Staat dahin bringen, dafs in dem allgemeinen Urtheile der Bürger der Beleidigte durch das Herausfordern sich mit Schande überhäuft, dafs andererseits die Vervveigerung des Zvveikampfes mit Ehren geschehen kann, und dafs endlich für jede Beschimpfung vom ordentlichen Richter prompte und angemessne Genugthuung verschafft vvird; — so ist jener Zvvek realisirt, und die Menschheit vvird jubeln über die Zerstörung eines verjährten Mißbrauches, der so viel Unheil anrichtet. Bis dahin vvird vvohl keine Strafe im Stande seyn, diesem Uebel

zu steuern. Oder vviird vvohl der den Tod scheuen, der im Zvveikampfe ohnehin der Gefahr des gegenvvärtigen Todes sich preis giebt?

Der biedre Kriegsmann schätzt seine Ehre höher, als sein Leben; vvillig giebt er dieses dahin, um in der öffentlichen Meinung der Mitgenossen seines Standes den Schimpf, der ihn traf, nicht auf sich ruhen zu lassen. Er verachtet den Tod auf dem Schlachtfelde; er verachtet ihn, da es auf Vertheidigung seiner Ehre ankömmt, ohne vvvelche sein Leben für ihn keinen Werth hat; vviird er ihn nicht auch verachten, vvenn ihm selber als Strafe angedroht vviird?

Andrerseits glaube ich denn doch auch, daß die Sicherheit der bürgerlichen Gesellschaft durch den Zvveikampf eben so sehr nicht gefährdet vverde.

Wer sich gegen Beleidigungen zu vertheidigen sucht, der zeigt, daß ihm seine bürgerliche Ehre über alles heilig sey; nur vvählt er freilich den unrecchten Weg, sich Genugthuung zu verschaffen. Dazu kömmt noch, daß beide in den Zvveikampf vvilligen; hätte der etvva Ge-

tödtete nicht eingevvilligt, er vvürde dann sein Leben gerettet haben. Die Todesstrafe scheint also auch rechtlich betrachtet, diesem Verbrechen nicht angemessen zu seyn. Eine zeitliche Festungsstrafe, verbunden mit der Androhung der Entsezung vom Dienste, und eines evvigen Kerkers auf den Fall der vviederholten Begehung, möchte vvohl hier in jedem Falle am passendsten seyn. Vor allem aber muß, vvie gesagt, den Begrißen des Publikums von vvahrer Ehre eine gehörige Richtung gegeben vvorden; unstreitig vvorden sonst alle Anstalten fruchtlos bleiben. e)

§. 98.

IV. Welche Verfahrungsart muß bei Behandlung, Untersuchung und Bestrafung der Verbrechen beobachtet vvorden?

Dass dieser Theil der Gesetzgebung von grosser Wichtigkeit sey, ist keinem Zvvveifel untervvorfen.

e) von Soden Geist der deutschen Criminalgesetze. Band II.

Es ist hier einerseits um das Leben, um die Freiheit und Ehre der Bürger, andererseits um die Erhaltung, um die Sicherheit und das Wohl des Staats zu thun.

Von der guten Bestellung und Beschaffenheit des Criminalgerichts, und von dem geschickten, vorsichtigen, gewissenhaften Verfahren mit dem Angeeschuldigten, oder mit dem übervviesenen Verbrecher hängt die gute Vervvaltung der Criminaljustiz ab, und vvie enge mit dieser das Wohl des Ganzen verknüpft sey, fällt vvohl von selbst in die Augen.

Ich vvill über diese Punkte folgende kurze Sätze aufstellen.

§. 99.

1. Das Recht der peinlichen Gerichtsbarkeit soll allein dem Landesherrn in seinem Gebiete zustehen, und von ihm oder in seinem Namen allein ausgeübt vverden.

Wird die Gerichtsbarkeit in Straffachen als ein erbliches, eigenthümliches Vermögensstück be-

trachtet, existiren in einem Staate Gerichte, die vom Landesherrn unabhängig, oder ihm doch nicht ganz unterworfen sind; — unmöglich ist's dann, daß vollkommne Ordnung mit Energie gehandhabt, unmöglich, daß Gesetze und Verfügungen des Herrschers pünktlich vollzogen werden, unmöglich, daß nicht den fürchterlichsten Mißbräuchen und Collisionen freier Spielraum gelassen werde.

Ueberhaupt ist es mit der Patrimonialgerichtsbarkeit unsers teutschen unmittelbaren Reichsadels, unsrer Herrschaften und Hofmarksbesitzer eine überaus mißliche Sache; ungemein vortheilhaft, und zur Vereinfachung des Rechtsganges, und Beförderung einer prompten, genauen Gerechtigkeitspflege sehr dienlich wäre gewiß in jeder Hinsicht die gänzliche Abschaffung derselben. Vorzüglich ist aber dieß der Fall mit der Jurisdiktion in peinlichen Sachen. Wer kennt nicht das Unheil, das von den Reichsrittern in dieser Hinsicht von jeher so häufig angerichtet ward, und noch angerichtet wird? wie unge-

heuer sind nicht die Ungereimtheiten und Mißbräuche, die von selben so oft verübt werden?

Der Herrscher des Staats ist die Quelle aller Gerichtsbarkeit. Wenn alle Gerichte desselben Landes ganz und in gleichem Grade ausschließlich allein von ihm abhängen, und in seinem Namen persönlich verwaltet werden, dann, und nur dann läßt sich eine schnelle, und zweckmäßige Verwaltung der Gerechtigkeit erwarten. f)

Mit der (nach den Zeichen der Zeit immer mehr und mehr sich nähernden) Vernichtung des Lehenystems in Teutschland wird wahrscheinlich auch die Grund- oder Patrimonialgerichtsbarkeit erkranken, und sterben.

§. 100.

1. Die Gerichte sollen mit solchen Männern besetzt werden, welche einerseits Geschiklichkeit genug besitzen,

f) Archiv des Criminalrechts. B. III. St. I. No. I. p. 13. und Quistorp's Entwurf zu einem Gesetzbuch etc. Th. III. §. 2.

zen, dem vrichtigen Amte eines Richters vorzustehen, andrerseits aber auch durch einen rechtschafnen, nachahmungsvvürdigen Lebensvvandel sich auszeichnen.

Das Amt eines Criminalrichters ist eines der vvichtigsten im Staate. Nur die geprüfsten, rechtschaffensten, menschenfreundlichsten Männer, die sich gründliche Menschenkenntniß eigen gemacht haben, die die Menge von Federn, Rädern, Schrauben, und Kräufeln im Gange der sittlichen Natur des Menschen auszuforschen, Kräfte mit Kräften, Bevvegung mit Bevvegung mit Scharffinn zu vergleichen und abzuuvägen im Stande sind, denen das Wohl des einzelnen Bürgers eben so vvarm, vvie das Wohl des Ganzen, am Herzen liegt, Männer, die keine Beschvverlichkeit schrecken, keine Gefahr erschüttern, kein Privatvorthail blenden, keine schiefe Nebenabsicht vom Wege Rechtens abführen kann, die nur edler Enthusiasm für das Wohl der Menschheit beseelt, die frei von allen eigennützi-

gen und unedeln Absichten das gemeine Beste zu bearbeiten suchen, nur solche Männer sollen als Richter gewählt werden. g) Der Flor eines Staats hängt grossentheils von der guten Auswahl der Richter ab, deren Händen das Wohl der Unterthanen anvertraut ist.

§. 101.

3. Soll Unparteilichkeit in der Rechtspflege herrschen, so darf im Staate nie einer Person mehr als ein Akt zur Realisirung des Rechts übertragen werden; d. i.

a. der bisher üblich gewesene Untersuchungsprozess, in welchem der peinliche Richter die volle Untersuchung und Führung des Prozesses zugleich mit der Entscheidung über sich hat, muss völlig aufgehoben, oder

b. wenigstens muss das untersuchende Collegium vom entscheidenden getrennt werden.

g) Grolman Grundsätze der Criminalrechtswissenschaft etc. §. 176. p. 85. — Marc-Aurel von Fessler etc. Th. I. p. 95.

In jedem peinlichen Verbrechen kömmt in der Regel eine doppelte Beleidigung vor, einmahl Beleidigung der Person, deren Rechte gekränkt vverden; dann Beleidigung des Staats, dessen Sicherheit mittelbar oder unmittelbar gestört vviird.

Die gekränkte Person oder Jemand anderer in ihrem Namen klagt vvegen der ihr zugefügten Beeinträchtigung ihrer Güter, und giebt dadurch gevvöhnlich dem Richter Veranlassung, von Amtsvvegen auf das Verbrechen zu inquiren.

In diesem Falle (im Untersuchungsprozesse) klagt eigentlich der Staat vvegen der Verletzung der gemeinen Rechtsicherheit auf Veranlassung des vvegen seiner Privatbeschädigung klagenden Bürgers; die Stelle des Staats vertritt der Richter, in vvelchem also das Amt des Anklägers und des Richters vereint ist. h)

Er bestimmt einerseits die zu bevveisenden Punkte, führt den Bevweis seiner Anklage selbst,

h) Archiv etc. B. II. St. I. No. I. — Wieland Geist der peinlichen Geseze etc. S. 521.

legt selben dem Verdächtigen zu seiner Vertheidigung vor; er entscheidet aber auch andrerseits über die Kraft und Gültigkeit der beigebrachten Gründe, und verurtheilt den von ihm Angeklagten oder spricht ihn frei.

Diese Einrichtung ist sowohl für den Verdächtigen selbst, als für den Staat nicht die passendste. Denn

1) sehr häufig ist wohl der Fall, daß der Richter mit einer gewissen Vorliebe oder Abneigung gegen den Verdächtigen sein Geschäft antritt.

Im ersten Falle ist für die Sicherheit der bürgerlichen Gesellschaft, im zweiten für die Rechtfertigung des Beschuldigten schlecht geforgt. Selten wird der Richter so viel Unparteilichkeit, so viel ruhigen Gleichsinn bei so einer Untersuchung haben, als bei einem Manne, dessen Händen das ganze Schicksal des Verdächtigen, und zugleich die Vertretung des Staats anvertraut ist, schlechterdings erfordert wird.

2) Aber selbst bei der größten Unparthei-

lichkeit des Richters ist noch nicht allen Ungerechtigkeiten und Verdrehungen der Weg versperrt. Es ist dem Menschen bei der ihm angeborenen Bequemlichkeitsliebe so natürlich, daß er alle möglichen Wege aufspürt, die ihm vwie immer sein Geschäft erleichtern. Leicht möglich also, daß der Richter die zu bevveisenden Punkte so abfaßt, und bestimmt, daß sie nothwendig auf die Schlüsse ihn führen, vvelche er aus denselben zur Entscheidung ziehen vvill; leicht möglich, daß er eine von den beiden ihm übertragenen Rollen zum Nachtheil der andern zu sehr spielt; leicht möglich, daß er alles anvvendet, um sein Untersuchungs- und Entscheidungsgeschäft sich zu erleichtern. i)

3) Hat der Richter noch dazu das Amt des Vertheidigers auf sich, so muß er gevvis in einem hohen Grade geschickt und rechtschaffen seyn, um nicht dem Beschuldigten, oder dem Staate zu vvehe zu thun.

i) Kleinschrod im Archiv des Criminalrechts etc. B. II. St. IV. No. I. §. II.

Daher kommt es denn vwohl auch, daß bei manchem Richteramte höchst selten ein Inquisit mit heiler Haut davon kommt, bei einem andern aber alle Rechtsprüche in peinlichen Sachen absolutorisch ausfallen. Daher kommt es, daß so oft bei Justizcollegien auf den einseitigen Vortrag eines Beisizers, wenn die Reihe an ihn kommt, gewöhnlich ad mortem gesprochen wird, indess sein vielleicht zu menschenfreundlicher Colleg immer auf die geringste Strafe oder ad absolutionem proponirt.

In jedem Falle ist die Gefahr für die bürgerliche Gesellschaft groß; und ich mache daher mit Wieland und Kleinschrod den Vorschlag, daß entweder 1) der Untersuchungsprozeß in den Anklagsprozeß umgewandelt werde, und daß vom Staate zu diesem Zwecke Personen aufgestellt werden, die in seinem Namen die vorkommenden Verbrechen, als Beleidigungen des Staats, den sie vertreten, durch Anklage zu verfolgen haben; oder daß 2) das untersuchende Collegium vom entscheidenden

durchaus getrennt, und jedem seine eigne Sphäre angewiesen werde.

§. 102.

Im ersten Falle müßten entweder eigne *Advocati curiae* als öffentliche Ankläger aufgestellt, oder dieses Amt den Polizeiobrigkeiten übertragen werden. Ohnehin gehört die Anwendung aller Sicherheitsanstalten gegen innre und äussre Feinde, und vorzüglich die Abwehrung der Hindernisse des Hauptzwekes zum Wesen der Polizei.

§. 103.

Diesen öffentlichen Anklägern nun müßte die heilige Pflicht aufgelegt werden, von den begangnen Verbrechen und von verdächtigen Personen Nachricht einzuziehen, Bevweise zu sammeln, und dann erst als Ankläger aufzutreten, und die gesammelten Bevweisgründe dem peinlichen Richter vorzulegen.

§. 104.

Die sogenannte Generaluntersuchung, ob ein Verbrechen begangen worden sey, und wer es

begangen haben möchte? würde sohin nicht mehr dem peinlichen Richter zukommen, sondern ein Gegenstand der Polizei seyn.

Einerseits können und müssen die Polizeiobern gemäß ihrer Amtspflichten von denen, die eines Verbrechens verdächtig sind, sovvohl, als auch von denen, die um selbes vvissen können, und überhaupt von allen Umständen gefährlicher Unternehmungen genauer und besser unterrichtet seyn, als vver immer anderer es seyn kann.

Andrerseits vvird auch die Anklage nur dann ächt und genau abgefaßt vvorden können, vvenn die Bevveise selbst in der Generaluntersuchung gehörig gesammelt und geordnet vvorden.

§. 105.

Auf diese Art fällt auch die Specialinquisition ganz vveg, und vvird in einen Anklageprozeß umgevvandelt.

Der Polizeiobere klagt vor dem peinlichen Richter; der Beschuldigte, oder in seinem Namen der Defensor, excipirt; jener replicirt etc.

Sehr räthlich ist's, daß bei der Verhör,

d. i. bei Vorlegung der Anklage, die vom Richter dem Beklagten gemacht vird, der Ankläger selbst zugezogen vverde, theils vveil dann der vvirkliche Verbrecher es so leicht nicht vvagen vird, zu läugnen, theils vveil der Kläger den Richter gleich auf die Lücken und Mängel, die er etvva entdeckt, aufmerksam machen, und der Exception des Beschuldigten gleich bei jedem Hauptpunkte seine Replik entgegensetzen kann.

Dadurch vird der Prozeß ungemein verkürzt, und sohin an Zeit und Kosten vieles erspart. Eben so müßte auch die Vertheidigungsschrift des Beklagten dem Ankläger zur Beantwortung vorgelegt vverden. k)

§. 106.

Dem Beleidigten selbst kann übrigens eben so vvenig, als einem Dritten, das Recht streitig gemacht vverden, vor dem peinlichen Richter den Verbrecher anzuklagen. Jedem im Staate ist an Erhaltung der Rechtsicherheit, sohin an gehörig-

k) Kleinschrod a. a. O.

ger Bestrafung der Störer derselben gelegen. Der Beschädigte selbst muß auch vwohl am besten die Bevveismittel dem Richter vorzulegen im Stande seyn.

Auf jeden Fall müßte aber

1) Jedem Privatankläger die Pflicht auferlegt vwerden, bei seiner Polizeiobrigkeit sich zu melden, und seine Anklaggründe ihr darzulegen, so vwie auch die Quellen anzuzeigen, aus denen seine Bevveise geschöpft vvären.

2) Diejenigen nun, von denen Leichtsin, Unvvissenheit, Mangel an hinlänglichen Mitteln zum Bevveise zu ervvarten vväre, müßten von der Anklage durchaus ausgeschlossen vwerden.

3) Ueberhaupt könnte ein Privatankläger bloß unter der Direktion des Polizeiobern, oder des Advocati curiae handeln, hätte entgegen alle jene Beschvwerden, die man sonst dem Ankläger aufbürdete, den Vorschuf, die Tragung der Kosten, die Bürgschaftsleistung für die Gevvifsheit des angeklagten Verbrechens, etc. nicht zu tragen, aufser es könnte

ihm offenbar erwiesen werden, daß er Calumniant sey. Dieser Fall wäre aber so leicht nicht möglich, weil eine für sich unwahrscheinliche, nicht mit gehörigen Beweismitteln unterstützte Anklage ohnehin schon von der Polizeiobrigkeit verworfen werden müßte. l)

§. 107.

Der peinliche Richter müßte im Anklageprozeß doch immer die Direktion behalten, müßte die Wagschaale zwischen Ankläger und Vertheidiger halten, und müßte überhaupt den Controlleur von beiden machen. m)

§. 108.

Den Mängeln des Inquisitionsprozesses könnte zweitens (§. 100.) auch durch Trennung der untersuchenden Person von der entscheidenden abgeholfen werden.

l) Wieland a. a. O. §. 526. 527. — Kleinschrod a. a. O. §. 8. 9.

m) Kleinschrod a. a. O. §. 12.

Mir scheint aber dieses Mittel bei vveitem so vörtheilhaft nicht, als die Aufstellung von öffentlichen Klägern, vveil denn doch immer die Entscheidung vollends von der Untersuchung abhängt. Wird diese unrichtig oder schief angestellt, so muß auch die Entscheidung unächt vverden. Entgegen hat der öffentliche Ankläger immer den Defensor gegen sich, kann vom rechten Wege nicht abvveichen, und muß alle Mühe anvvenden, um zur Erforschung der Wahrheit sein möglichstes beizutragen.

§. 109.

4. Dem Richter muß die strenge Pflicht auferlegt vverden,

a) keinen zu verhaften, gegen den nicht gegründeter Verdacht obvvalt;

b) den verhafteten Verdächtigen erträglich und gut zu behandeln;

c) den ganzen Gang der Anklage und der Vertheidigung so zu leiten, daß dabei die Rechte des Menschen und Bürgers einerseits ungekränkt bleiben, andererseits aber auch für

Erhaltung des Ansehens des Staats mit Würde und Schwungkraft geforgt vverde ;

d) keinen zu verurtheilen ohne vollen Bevweis, ohne vollständige über alle Gegenvvahrscheinlichkeit erhabne Ueberzeugung ;

e) endlich für pünktliche Vollziehung des gesetzlichen Ausspruches zu sorgen.

§. 110.

a) Alle unparteiische Rechtspflege vvürde von der Erde verbannt, freier Spielraum vvürde der Willkühr, den Leidenschaften des Richters gelassen, vvollte man ihm die Befugniss zugestehen, ohne gegründeten Verdacht Jemanden einzuziehen.

Immer haftet ein Fleken auf dem Verhafteten, und die öffentliche Meinung kann nicht so leicht vvieder zu seinem Vorthelle gestimmt vverden. Der Staat hat die heilige Pflicht über sich, den Ruf und die Ehre seiner Bürger nach Kräften zu schützen und zu sichern.

Es vvird daher immer zur Verhaftnehmung erfordert, daß

1) die Thatfache selbst außer Zweifel sey.
Wo kein Gegenstand der Schuld ist, da kann keine Anklage, gar kein Verdacht statt finden;

2) daß der zu Verhaftende durch die Anzeige von glaubwürdigen Personen, durch das einstimmige Gerücht, und seinen bisher geführten schlechten Lebenswandel, oder durch gewisse äußerliche Zeichen verdächtig gemacht worden sey, und dadurch die Anklage des öffentlichen Klägers begründet werde.
(§. 103. fq.)

§. III.

b) Die Gefangennehmung setzt erst einen Verdacht voraus. Das Gefängniß

1) darf sohin für den Verdächtigen nicht Strafe, nur Bevvahrung seyn.

Sieht er im Kerker nichts als Tod und Verderben vor sich, genießt er keines erleuchtenden Licht - keines erwärmenden Sonnenstrahls, keiner freien Luft, keines ruhigen Schlafes; — o! dann kömmt er so leicht in die Versuchung, vor den Altären der Themis um Rache

über den gekrönten Feind des Staats zu rufen, der die Gerechtigkeit so herabzuwürdigen, und Menschen zum Spiele seiner Willkühr zu erniedrigen schwach oder barbarisch genug ist.

2) Es müssen daher dem Aufbehalten alle mit der Aufbehaltung nur irgend vereinbarliche Bequemlichkeiten seines vorigen Lebens gewährt werden.

3) Ja, der Unschuldige muss vom Staate für dieses unverdiente — zur Realisirung des Staatszweckes aber überhaupt nothwendige — Leid auf alle mögliche Art schadlos gehalten werden. n) (§. 52.)

§. 112.

c) Der Gesetzgeber muss dem Richter genaue Vorschrift ertheilen, dass er mit der möglichsten Geschwindigkeit, zugleich aber mit der größten Gewissenhaftigkeit

n) Klein's Grundsätze des gemeinen deutschen peinlichen Rechts etc. §. 554. — Grolman Grundsätze etc. §. 182. — Gmelin a. a. O. S. 191. p. 324.

zu Werke gehe, daß er nicht aus Furcht, oder aus übermäßiger Nachsicht seine Pflicht verfäume, nicht die Gerechtigkeit zur Dienerin seiner Blödsinnigkeit, oder andererseits seiner Barbarei und Unmenschlichkeit herabvvürdige.

Der Richter soll daher jedes Mittel anzuwenden sich bestreben, das gerecht ist, und die Achtung gegen die Menschheit nicht verletzt, um das Verbrechen nebst dessen Urheber außer Zweifel zu setzen. o) Er soll in dieser Hinsicht in den Charakter des zu Verhörenden sich einzustudiren, zugleich aber dessen Vertrauen zu erwerben, und durch menschenfreundliche Theilnahme ihm die Vorstellung zu benehmen suchen, als sey er Feind desselben, als sinne er, ihn zu verderben.

Auf jede auch noch so kleine und unbedeutende Handlung des Angeeschuldigten richte er
seine

o) Archiv etc. B. III. St. III. No. VI. p. 129.
— Grolman a. a. O. §. 201. p. 99. —
Kleinschrod im Archiv etc. B. I. St. I.
No. I. und St. II. No. XI.

seine Achtsamkeit, keines seiner Worte, keine Miene, keinen Blick lasse er sich entgehen, alle bemerkten einzelnen Züge fasse er zusammen, und male sich so das Bild des Menschen aus, den er vor sich hat. Immer erinnere er sich, dass ihn die Vorsicht an das Rad der Nemesis hingesezt hat, um über dessen Herumschwingung zu wachen, und durch seine edle Wachsamkeit Heil und Segen über die Menschheit zu verbreiten. p) Nie vveiche er aber beim ganzen Prozesse von dem ihm vom Gesetze vorgezeichneten Weg ab; dies ist die Richtschnur für ihn, die er nicht verlassen darf.

Es möchte in dieser Hinsicht nicht undienlich seyn, wenn dem Richter ein Gericht der Geschwornen (Jury) beigegeben würde, die als Beisizer dem ganzen Gange beizuwohnen und dann vvenigstens ihre consultative Stimme bei jedem vvichtigen Akte abzugeben hätten.

p) Marc - Aurél etc. Th. II. p. 239.

Diese Geschwvornen müßten nun vom Bürger- und Bauernstande hergenommen seyn. Dadurch würde auf einer Seite, wie Kleinfchrod q) sehr schön sagt, der Willkühr des Richters vorgebeugt, auf der andern Seite das Ehrgefühl des Publikums erhöht, und zugleich beim Volke die Ueberzeugung bevvirkt, daß man die Verbrecher mit der möglichsten Schonung behandle. Bestünde das Gesezbuch aus kurzen, verständlichen, deutlichen Säzen, so wäre gewvifs die Ausführung dieses Vorschlages so schvver und gefährlich nicht, als man gewvöhnlich glaubt.

§. 113.

d) Soll Jemand für einen vvirklichen und überführten Verbrecher erklärt vverden, so muß voller, über alle Gegenvvahrscheinlichkeit erhabner Bevveis gegen ihn da seyn, d. h.

q) Entvviklung etc. Th. II. §. 43. p. 110. — vergl. Bergk im Archiv etc. B. III. St. III. No. VI. P. 132.

1) die Wirklichkeit der ihm beigelegten Thatfache muß keinem Zweifel unterworfen feyn;

2) die Zeugen, die gegen ihn ausfagen; müffen authentifch, und fowohl in Hinficht der Wiffenfchaft, als des guten Willens vweit über alle Einwendung erhaben feyn;

3) der Verbrecher muß die That felbft eingestehen, und fein Geständniß muß mit allen Umständen genau übereinstimmen. 1) Wären die Muthmafsungen gegen Jemanden noch fo dringend, wäre er des begangnen Verbrechens noch fo verdächtig; — ein nur muthmafslicher Verbrecher ift kein Verbrecher.

Alle Rechtshandlungen müffen fich auf ein Wissen gründen; Muthmafsungen find Meinungen; Meinungen begründen kein Wissen, nur ein Glauben, ein subjectives für vvahr halten.

1) Archiv etc. a. a. O. p. 100. fq. — Pörschke Vorbereitungen zu einem populären Naturrechte etc. p. 330.

Der Gesetzgeber vergift seine Würde vollends, wenn er Verdächtige als Schuldige behandelt wissen will; der Ausspruch in Rechtsfachen kann nie von der individuellen Ueberzeugung des Richters, sondern von der objectiven gesetzlichen Gewissheit abhängen.

Der Richter kann und soll alle rechtliche Mittel anwenden, um das Geständnis des Beschuldigten zu bewirken und Wahrheit zu erforschen. s) Findet er sie doch nicht, ist er trotz seiner Anstrengung nicht im Stande, objective Gewissheit zu erhalten; — so hat er gethan, was zu thun war. Der Herrscher mag nun auf vorgängigem richterlichem Bericht über den ganzen Hergang der Sache Sicherheitsmaassregeln verordnen; aber auch diese dürfen nie für den Verdächtigen schmerzlich seyn, dürfen nie seine Freiheit auf längere Zeit einschränken;

s) Man sehe überhaupt Bergk a. a. O. p. 130. sq.
— E i s e n h a r t ebendas. B. III. St. I. No. V.
und St. II. No. I. — V e z i n ebendas. St. III.
No. V.

selbst für die unverdiente Gefangennehmung muß er schadlos gehalten vverden. Hat er durch vviderrechtliche Handlung als Feind des Staats, als einen gefährlichen Menschen sich angekündigt, so treffe ihn für jene vviderrechtliche Handlung das verdiente Strafübel.

Wegen Verbrechen, die er nur vielleicht (sey auch der Grad der Wahrscheinlichkeit noch so groß) begangen hat, kann und darf er, vwill man nicht alle Schranken der Gerechtigkeit überschreiten, nicht gestraft vverden. (§. 17.)

§. 114.

e) Es giebt durchaus kein Strafübel, als nur durch ein Gesetz. Ein Uebel, das nicht aus dieser Quelle fließt, ist keine Strafe. Das Gesetz ist die einzige Bedingung eines Verbrechens; ohne dasselbe vvird im Staate keine vviderrechtliche That begangen.

Jede vom Gesetze abvweichende Strafe ist ungerecht; jedes Leiden, das ohne Zustimmung des Gesetzes Jemanden zugefügt vvird, ist ein

Verbrechen. Ist das Uebel stärker oder geringer, als jenes, das im Geseze bestimmt ist, in beiden Fällen vvirft sich der Richter zum Gesezgeber auf, überschreitet die Grenzen seines Amts, und sezt sich beim Herrscher, als Repräsentanten des Nationalvvillens, der strengsten Verantwortung aus.

Es giebt daher schlechterdings kein Schärfungs- und kein Milderungsrecht auf Seite des Richters. Er ist blos Diener des Gesezes, hat blos die in abstracto gegebene Straffanktion auf den konkreten Fall anzuwenden. Selbst bei unbestimmten Strafgesetzen (die nach §. 19. in einem vvohlgeordneten Staate so selten, als möglich ist, seyn müssen) hat der Richter nach den im Geseze allgemein bestimmten Grundsätzen sich zu fügen, und die vom Richter nach der gesetzlichen Norm zugefügte Strafe bleibt immer gesetzliche Strafe. t)

t) Ich verwweise hier auf Feuerbachs Revision etc. Th. I. Kap. III. und IV. und Archiv des Criminalrechts etc. B. III, St. III, No. VI. p. 106. sq.

§. 115.

5. Alle Mittel zur Erforschung der Wahrheit, die entweder dem Rechtsprinzipie vvidersprechen, oder unzwekmäfsig sind, sollen in der neuen Prozessordnung keinen Platz erhalten, und deren Gebrauch dem Richter strenge unterfagt vverden.

Dahin gehören Tortur, Territion, Reinigungseid, Trug und List, um den Angeschuldigten zu fangen, etc.

Die Tortur, bei einem problematisch Schuldigen gebraucht, ist verabscheuungsvvürdige Läsion der Rechte der Menschheit, und arbeitet andererseits ihrem Zvveke schnurgerade entgegen. Man vvill durch sie Gevvifsheit erlangen; aber eben die Reden und Ausagen eines Menschen, die durch Martern erpresst vverden, können am allervvenigsten Gevvifsheit gevvähren.

Es ist demnach auch kein Zvveifel, dafs dieser Rest der Barbarei unter den Antiquitäten

seinen Plaz allgemein erhalten vvir, so vvie aus den gebildeten Staaten ohnehin dieses Uebel bereits vervviesen ist. u)

Die Territion hat alle Gefährlichkeiten der vvirklichen Tortur an sich, muß sohin vwie diese vervvorfen vverden. vv)

Der Reinigungseid ist durchaus unzvekmäfsig, um die Wahrheit zu erforschen. Wird der sich vveigern, einen falschen Eid abzuschvvören, der kühn genug vvar, ein Verbrechen zu begehen?

Jeder Trug und jede List von Seite des Richters ist unmoralisch, vviderrechtlich und schädlich. Der Richter setzt sich dadurch ungemain herab, und veranlafst den Angeklagten, vvenn er's entdekt, auch seinen Richter zu be-

u) Wieland §. 546. sq. — Grolman §. 674 und viele andere. Für die Folter ist unter andern Gmelin a. a. O. §. 247. sq. — Suardi von dem Rechte der Todesstrafe und der peinlichen Frage, Ingolst. 1781. p. 177 sq.

vv) Grolman §. 664.

trügen und zu überlisten. x) Wahrhaftigkeit und Redlichkeit, sagt Bergk, muß dem Richter über alles heilig seyn,

§. 116.

6. Alle Adgratiation, und alle Abolition vverde durchaus gestilgt.

Das, vvas der Souverain beschliesst, muß allgemein gültig seyn, muß den Willen Aller ausdrücken, muß die Beistimmung von Jedermann erhalten können. Geseze sind der Ausdruck des Nationalvvillens; dieser Wille ist heilig, und der Herrscher selbst kann nicht machen, daß selbem ungestraft entgegengehandelt vverde; nun geschieht aber dieß offenbar durch die Begnadigung.

Sobald vvillkührliche Ausnahmen von Anwendung der Geseze statt finden, und das, vvas im Geseze als unrecht bestimmt ist, in

x) Entgegen scheint zu seyn Klein im Archiv etc. B. I, St. II, No. IX. p. 54.

einem einzelnen Falle als recht erklärt v wird; sobald sind Geseze selbst unnöthig, der Charakter des Souverains v wird vernichtet, die Erreichung des Staatszweckes unmöglich.

Noch vveit verderblicher ist die Abolition, v wodurch der Lauf der Gerechtigkeit vollends gehemmt, und das Wohl des gemeinen Wesens der Willkühr des Herrschers preis gegeben v wird.

§. 117.

7. Ueberhaupt v werde der ganze Gang des Prozeßes in Straffachen so eingerichtet, daß die Rechte des Menschen und Bürgers ungekränkt bleiben, daß nicht leicht ein Unschuldiger gequält, beschimpft, oder gestraft v werde, daß aber auch nicht leicht ein Schuldiger der verdienten Strafe entgehe, daß auf dem Forum Gesez und Ordnung in jedem Kampfe mit dem Verbrechen über dieses obfiege. y)

y) Gmelin Grundsätze etc. §. 162. p. 288. —

Ich merke zum Beschluß dieser Abhandlung noch folgende Punkte an, auf die der Gesetzgeber in Hinsicht der Form bei Verfassung und Publizirung des Strafgesetzbuches Rücksicht zu nehmen hat.

§. 118.

I. Das Projekt des neu verfaßten Gesetzbuches werde dem Publikum zur öffentlichen Beurtheilung vorgelegt.

Gesetze sind nur dann Gesetze, wenn sie den Gesamtvillen der Nation enthalten, für welche sie gegeben werden. Ob nicht Nebenabsichten, Leidenschaften, einseitige Rücksichten, oder was immer für schiefe Gesichtspunkte die Verfasser des Gesetzbuches geleitet haben, muß größtentheils durch die Stimme des Publikums

entschieden vverden. Auch diktirt sich auf diese Art der Verbrecher selbst die Strafe. Er selbst, als Mitglied der Nation, ist auch Mitgesetzgeber, ertheilt selbst dem Gesetzbuche seine Sanktion, vviird sohin, vvenn er verbrochen hat, nur nach seinem eignen Willen, nach seinen eignen Vorschriften jener Strafe untervvorfen, die er selbst als Folge des Verbrechens festsetzte.

Dieser öffentlichen Beurtheilung kann die ängstliche Bedenklichkeit nicht im Wege stehen, als vvürde dadurch das Ansehen des Gesetzes, und das Zutrauen gegen den Gesetzgeber geschvvächt. Ohnehin muß das, vvas im Codex vorkömmt, gut, vernünftig, für das Volk, dem selber gegeben vviird, passend seyn; und ist dieß vvirklich der Fall, so kann und muß die Kritik durch Darstellung desselben jenes Ansehen und Zutrauen noch vermehren. Zugleich vverden durch so eine Kritik (vorausgesetzt daß sie gründlich, freimüthig und bescheiden abgefaßt ist) die Fehler und Unvollkommenheiten (die denn doch bei aller Geschiklichkeit der Verfasser dem Werke noch ankleben vverden) aufgedeckt,

das mangelhafte gerügt, und es vvirrd so überhaupt sovwohl dem Staate, dessen Geseze zur Beurtheilung dahingegeben sind, als auch andern, die erst noch dergleichen Geseze ervvarten, grösser, und gevvis in mancher Hinsicht grösserer Nutzen gevvhrt, als durch allgemeine, ohne Beziehung auf specielle Verfassungen angestellte Untersuchungen dieser Art. z)

§. 119.

II. Der Strafcodex soll sovwohl in Hinsicht der Handlungen, die als Verbrechen erklärt vverden, als in Hinsicht der darauf gesezten Strafen genau einem jeden Bürger bekannt gemacht vverden. a)

Wenn die Erziehung überhaupt unter die vvichtigsten Gegenstände der ganz vorzüglichen

z) Annalen der Philosophie und des philosophischen Geistes. 1796. St. III.

a) Kleinschrod systematische Entvviklung etc. Th. I. p. 239. — Jur. Litter. Zeitung. No. 91. p. 724.

Aufmerksamkeit des Staats gehört, wenn das Wohl der Gesellschaft, das Glück künftiger Generationen davon abhängt, so wird wohl auch die Belehrung des heranwachsenden Bürgers von den Handlungen, die verboten, und die erlaubt sind, der Vorforge des Regenten nicht unwürdig seyn. Soll der Bürger einer gehörigen Bildung zur Moralität fähig seyn, so muß er ehedem an strenge Legalität gewöhnt, es muß ihm diese zum Mechanismus geworden seyn. Wer kann nun aber Gesetzen gehorchen, die er nicht kennt? Wie kann eine Strafe exequirt werden, die dem Verbrecher nicht angedroht ist?

So einleuchtend dieß ist, und so passend die Nothwendigkeit der Publikation schon im alten philosophischen — nihil solitum, nisi quod antea cognitum — ausgedrückt wird; so wird denn doch dieser Punkt in den meisten unserer Staaten ausnehmend vernachlässigt. Gewöhnlich werden die Strafgesetze entweder gar nicht, oder auf eine so zweckwidrige Art bekannt gemacht, daß der größte Theil des Volks sie erst

durch die vvirkliche Execution der Strafe kennen lernt,

Was vväre leichter, vvie Kleinschrod am angeführten Orte bemerkt, als in den Schulen die Kinder zu belehren, vvvelche Handlungen verboten seyen, und vvie sie gestraft vverden? Alle Beherzigung verdient gevvis der Vorschlag, dafs jedem Lande sein politischer Katechismus gegeben vverde, so vvie es seinen religiösen hat, um so mehr, da das, vvas Verbrechen ist, nothvvendig auch den Charakter der Sünde hat, entgegen keinesvvegs auch jede Sünde unter die Rubrik der Verbrechen gehört.

Treffliche Bemerkungen liefert hierüber Dr. K. A. Tittmann über den Unterricht des Volks in den Strafgesetzen auf Schulen. Leipzig 1799. und Dr. E. F. Klein im Archiv des Criminalrechts, B. II, St. I, No. 1. p. 3. sq.

§. 120.

III. Eben zu diesem Endzveke muß der Codex in einer so faßlichen, allgemein leicht verständlichen

Schreibart abgefaßt seyn, daß auch der gemeine Mann von den in selbem enthaltenen Verordnungen ohne große Mühe sich belehren kann. b)

Sind die Sätze so groß, die Paragraphen so gedehnt, die Perioden so lang und ineinander gedrängt, daß der größte Theil der Unterthanen Mühe hat, den Sinn der Geseze zu durchdringen, vwie z. B. in dem übrigens vortreflichen Entwurf zu einem Gesezbuch in peinlichen und Strafsachen, von Dr. J. Chr. Quistorp. Rostok und Leipzig 1782., dann hat das Gesezbuch unstreitig seinen Zweck verfehlt.

Es soll daher in dieser Hinsicht vorzüglich auf die Cultur, auf den Charakter, auf die specielle Staatsverfassung etc. des Volkes Rücksicht genommen werden, für welches der Codex zu verfaßen ist; so vwie überhaupt

§. 121.

b) Kleinschrod a. a. O. p. 239.

§. 121.

IV. Die Verfassung des Projekts des Strafgesetzbuches Männern übertragen werden soll, die nicht nur

1) richtige und helle Begriffe von der Gesetzgebung besitzen, und in den Geist der Verbrechen und Strafen, und der Proportion zwischen beiden einzudringen vermögen, und

2) zugleich in praktischen Geschäften erfahren sind, um die Möglichkeit der Anwendung der Grundsätze zu prüfen, um nicht das zu verworfen, was ihnen in ihrer Theorie unanwendbar, und das anzupreisen, was ihnen in ihrer Sphäre ausführbar schien; sondern auch

3) den Staat und die Nation, wofür ein Gesetzbuch geschrieben werden soll, genau kennen, und mit der Staatsverfassung innig vertraut sind.

Genaue Kenntniss der Organisation des Staats, der neue Gesetze erwartet, und langwierige

Erfahrung; in vvelchen Fällen die bisherigen Geseze zuvekvvidrig, unkräftig, oder mangelhaft vvaren, qualificiren ausschliesslich allein zum Beruf eines Strafgesetzgebers. c)

Zur Gesetzgebung überhaupt, sagt Fessler, d) und besonders zum vvichtigsten Theile derselben, zur Strafgesetzgebung, gehören Männer, deren scharffsehender und tiefeindringender Geist gemacht ist, Ueberlegungen und Erfahrungen schnell anzuwenden, in einem Augenblicke Wirkungen und Ursachen mit einander zu verbinden, die Verhältnisse der schon gemachten und noch zu machenden Geseze richtig zu fassen und einzusehen, und aus dem Mißlaute eines jeden Glieds des Staats die allgemeine Harmonie der Gesellschaft hervorzubringen.

c) Annalen der Philosophie etc. a. a. O. p. 426.

d) Marc - Aurel etc. Th. I. p. 194. sq.

Druckfehler.

S. 10. Z. 8. statt schon lies sohin.

S. 40. Z. 7. feze nach Ausnahme — Abschaffung.

S. 48. Z. 19. statt inquisitoris l. inquisitorii.

S. 110. Z. 6. feze nach nachtheiligen — Folgen.

S. 116. Z. 7. werden die Buchstaben d. i. ausgelassen.

Eben da Z. 8. statt fl. lies kr.

S. 144. Z. 15. statt 1. lies 2.

S. 174. Z. 16. statt solitum lies volitum.



Stürzer, Joseph,

Ueber die Rücksichten, die der Gesetzgeber bei Verfassung eines neuen
Strafkodex zu nehmen hat ein politisch-juridischer Versuch

Landshut 1801

Bamberg, Staatsbibliothek -- J.cr.o.22-a
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11704293-7